

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 635

Schriftleitung:
Quisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementsbestellungen
z. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Vorstände der Ortsgruppen und Wahlvorstände werden daran erinnert, daß die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung bis zum 15. Juli erfolgt sein müssen. Wo die Wahlen noch nicht erfolgt, sind dieselben im Laufe der nächsten Woche zu erledigen. Die Wahlvorstände werden ersucht, das Resultat der Wahl sofort an die Zentrale zu berichten.

Der Vorstand i. V. Wieber.

Nochmals der Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet.

Unter der Rubrik: „Der schwarze Metallarbeiterverband im Saargebiet“, verschwendet der „rote“ Metallarbeiterverband und sein Organ zur Zeit viel Druckerschwärze um den Erfolg des „schwarzen“ Verbandes zu verkleinern oder gar zur Niederlage zu stampeln.

Der hinausgeschlagene Bockler kann sich noch nicht beruhigen, und läßt eine ganze Seite Raum stellen das „rote“ Organ diesem löblichen Beginnen zur Verfügung. Bockler sucht darin eine Niederlage zurecht zu konstruieren, weil einige Leute nicht wieder an ihre alte Stelle gekommen sind, d. h. von der ersten Stelle, sich mit der eines zweiten oder dritten Mannes vorläufig begnügen mußten.

Aber daran tragen doch eben nur die stehen gebliebenen roten Gewissen vom „freien“ Metallarbeiterverband und die Berliner Facharbeiter die Schuld. Sie blieben eben stehen, fielen ihren kämpfenden christlichen Kollegen in den Rücken, um sich bessere Plätze zu ergöttern. Wären alle Arbeiter mit herausgegangen, würde auch jeder wieder an seinen Platz gelangt sein. Davon hängt aber auch der Sieg nicht ab, ob einige Kollegen vorübergehend nicht ihren Platz erhalten, sondern ob den Arbeitern die Koalitionsfreiheit möglich gemacht wurde.

Aber nicht allein dieses wurde erreicht, sondern auch noch Lohnverbesserungen und was das wichtigste ist, der Oberschwarzmacher Tille ist abgewirtschaftet, sein Einfluß im Saargebiet gebrochen. Dieses ist auch das unbestreitbare Verdienst des Kampfes der christlichen Metallarbeiter der Burbacher Hütte und des christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Frankfurter Zeitung berichtet darüber, daß die Großindustriellen an der Saar zur Einsicht gelangt sind, daß ihnen die sozialpolitischen Rezepte des Herrn Dr. Alexander Tille nicht gut bekommen. Die Böllinger Hütte hat Dr. Tille mitgeteilt, daß sie auf seine Beihilfe in ihrem Interesse verzichte. Und der Aufsichtsrat der Burbacher Hütte hat in Folge der Streikunruhen der Direktion des Wertes zu verstehen gegeben, sie möge sich in Zukunft an berufener Leute wenden, die so im Aufsichtsrat vorhanden seien, als an Dr. Tille, wenn nochmals Fragen, wie leghin, an sie herantreten sollten.

Will vielleicht die rote Metallarbeiterzeitung abstreiten, daß diese Abgabe an Dr. Tille nicht der Erfolg des Burbacher Streiks ist? Dieses wiegt tausendmal mehr, als wenn ein Arbeiter nicht wieder an seinen alten Platz kommt. Uebrigens wären das traurige Arbeiter, die jung und stark nur bei der Burbacher Hütte arbeiten könn-

ten, dadurch erst hätte die Hütte ein Mittel in der Hand systematisch die Arbeiter zu drücken.

Es ist sogar gut, daß manche Arbeiter der Hütte zeigten, daß auch anderwärts Bred gebrochen und sie die Hütte nicht notwendig haben. Dieses hätte viel früher geschehen sollen, dann würden die Arbeiter nicht in die seitherige sklavische Abhängigkeit gelangt sein.

Die Metallarbeiterzeitung bringt ferner als angeblicher Beweis ihrer Behauptung den von der Direktion gemachten Vorschlag; sie verschweigt aber gegen besseres Wissen, daß die Arbeiter daraufhin geschlossen die Fabrik verließen und erst durch erneute Unterhandlung die Direktion die Erklärung gab, daß dieses auf Mißverständnis beruhe — und erneut ihre gemachten Zusagen bekräftigte und erst hierauf wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

An dieser Tatsache können auch die Lügen eines Bockler oder Metallarbeiterzeitung nichts ändern, und wenn sie noch so viel Druckerschwärze verschwenden.

Den roten Metallarbeitern und Herrn Bockler wird es jetzt ob ihrer schäbigen Rolle beim Burbacher Streik ungemütlich. Vor allem, daß wir sie ob ihrer Hüttenhandlangerdienste energisch auf die Finger geklopft und wegen ihren Streikbruch an den Pranger gestellt haben.

1. Herr Bockler schimpft jetzt von „gemeiner Lüge“, und „infamer Verleumdung“ und bestreitet, daß „die Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes sich vom Kampfe ferngehalten haben.“

2. daß sie im Betrieb stehen geblieben und Streikbruch verübt haben;

3. daß die Saarwacht zwei Duzend christliche Hüttenarbeiter denunziert habe.“

Demgegenüber halten wir unsere Behauptung aufrecht:

1. von den Mitgliedern des freien Metallarbeiterverbandes hat sich nur ein einziges Mitglied am Streik beteiligt;

2. alle anderen sind stehen geblieben, haben also Streikbruch verübt;

3. daß soziald. Organ, „Die Saarwacht“, hat während des Kampfes die christlichen Arbeiter denunziert, als seien nur zwei Duzend organisiert, um so die Burbacher Hütte zum Kampfe zu reizen und in ihrem Widerstand gegen die Arbeiter zu stärken.

Diese Schmach können alle Entrüstungsrummel der Bockler und Gewissen vom freien Verbande nicht hinwegnehmen. Eine Sippe, die in so schwerem Kampfe, wie bei den Hüttenarbeitern in Burbach zu solchen Machinationen ihre Zuflucht nimmt, so feige den Arbeiter in den Rücken fällt, hat das Recht verwirkt, sich als Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Sie tragen das Mal des Arbeiterverrats an ihrer Stirne, sie sind demgemäß als Arbeiterverräter gebrandmarkt.

Die Arbeiter des Saarreviere haben allen Grund, die Bockler und Gewissen sich weit abzuhalten und überall wo sie sich blicken lassen, ihr Spießgebild vorzuhalten. Es wird dem Herrn Bockler und den freien Metallarbeiterverbändlern nicht verzeihen werden, wie schwer sie sich an den Arbeitern des Saarreviere versündigt haben.

Die Metallarbeiterzeitung und ihre Anhänger die jetzt so viel Zeit haben zum reden und schreiben, über den Kampf in Burbach — den sie nicht geführt, den sie folglich nichts angeht, wo sie alles gekau haben, einen Erfolg zu vereiteln, denen möchten wol eine sie näher interessierende Streikbewegung vorführen, wo die ganze Erbärmlichkeit sozialdemokratischer Streikführung in Frage kommt. Es war vor einigen Wochen in Torgelow

800 zumeist sozialdemokratisch organisierte Former und sonstige Arbeiter kündigten hier am 28. April den Tarif. Am 13. Mai war die Kündigung abgelaufen. Trotzdem die Unternehmer es ablehnten, die gestellten Forderungen zu bewilligen, zwang der sozialdemokratische Verband seine Mitglieder, die Kündigung zurückzunehmen. Um den Sieg der Unternehmer und die ganze Jämmerlichkeit des roten Verbandes der Arbeiter fühlen zu lassen, sperren die Torgelower Fabrikanten die Arbeiter auch noch 8 Tage aus. Ohne eine Miene zu verziehen, geschweige noch an Forderungen zu denken, liess der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Arbeiter im Stich. Grund hierzu war der vollständige finanzielle Zusammenbruch der Stuttgarter Zentralkasse. Das ist der überaus traurige Ausgang der mit grossem Tam Tam eingeleiteten Formerbewegung. Ein solches Ende ist jedenfalls eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung. — „Die Einigkeit“, eine sozialdemokratische Berliner Gewerkschaftszeitung, schrieb darob in Nr. 23 vom 9. Juni: „Es bedarf eine wahrhaft unmenschliche Ueberwindung der widerlichen Gefühle, die einen anwandeln, wenn man den Klang der Siegestrompete hört, die in der Partei wie in der Verbändlerpresse geblasen werden ob des grossen Sieges des Metallarbeiterverbandes über die Metallindustriellen. Solche Siege hat in dem russisch-japanisch. Krieg Kuropatkin zu Dutzende erfochten . . . und das in Unwissenheit lebende russische Volk hat diese Meldungen mit Jubel aufgenommen, solange bis es den Betrug entdeckte.“

So wird von einem sozialdemokratischen Organ eine Bewegung geschildert, die vom soziald. Metallarbeiterverband inszeniert und so kläglich beendet wurde, trotzdem schreit es im ganzen soziald. Preßwald: Sieg, Sieg, auf der ganzen Linie und das arme sozialdemokratische Volk ist der betörte und leidtragende Teil. Bergegenwärtigt man sich die weiteren gewaltigen Niederlagen des freien Metallarbeiterverbandes bei der Formerbewegung in Hannover, Dresden, Braunschweig, Breslau etc., die Niederlagen bei den Aussperrungen und Streiks der letzten Jahre, dann ist es begreiflich, daß die Metallarbeiterzeitung, seitenslange Artikel bringt über den „schwarzen“ Metallarbeiterverband im „Saargebiet“, und von einer Niederlage faßelt, um seine Mitglieder von den eigenen schweren Niederlagen abzulenken. Es ist gewiß für den großen freien Metallarbeiterverband bitter, während er Niederlage auf Niederlage häuften, konnte der viel kleinere und jüngere christliche Metallarbeiterverband mit den Gewaltigen und Gefürchteten das Saarreviere den Kampf aufnehmen und zum siegreichen Ende führen,

nebei der Oberförstlicher Tille über Steuer ging, seinen Einfluß gebrochen wurde.

Ferner ist wahr, daß die Direktion durch Herrn Reichstagsabgeordneten Holz erklären ließ:

„Dass kein Arbeiter wegen Ungehörigkeit zum Verhaute entlassen worden, auch keiner diesbezüglich geschädigt werden solle. Die Direktion wünsche, dass, so bald als möglich die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die streikenden Arbeiter sollen alle wieder eingestellt werden, bis auf einige vordem schon Entlassene. Massregeln sollten keine stattfinden. Wegen Kontraktbruch sollte dem streikenden Arbeitern kein Wochenlohn einbehalten werden. Herr Direktor Weissdorf habe ihm (Herrn Holz) noch erklärt: „Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, keinem derjenigen, welche in den Streik getreten, etwas nachzutragen. Ich habe schwere Tage durchgemacht, aber ich will es vergessen.“

Des ferneren hatte die Hütte den Arbeitern während des Streiks 20 Pfg. Zulage zugewilligt, angeblich als „Teuerungszulage“, auch wurden in dem Stahlwerke und Hochofen Lohnzulagen von 50 bis 70 Pfg. pro Tag bewilligt.

Alle Klankereien und Artikel ob von den Noten oder der „Berliner“ Seite, können diese Tatsachen nicht hinwegjagen. Es bleibt trotzdem wahr: der christliche Metallarbeiterverband kämpfte und siegte im Saarrevier und die Noten wie die „Berliner“ taten alles, um einen Sieg zu verhindern.

Dieses sind die markanten und bleibenden Merkmale des Streiks auf der Burbacher Hütte, worüber heute noch nicht das letzte Wort gesprochen sein wird. Wegen dieses vor allem unsere Hüttenarbeiter im Saargebiet tief in ihr Gedächtnis einprägen, für sie kann nur die Lösung sein: hinein in den christl. Metallarbeiterverband.

Kinderarbeit in Amerika.

Unter dem Titel: „Kinderarbeit, eine Gefahr für Industrie, Bildung und Bürgersinn“ veröffentlicht nach der Sozialen Praxis die Amerikanische Akademie für Staats- und Sozialwissenschaften im Märzheft 1906 eine Reihe von kurzen Aufsätzen, die größtenteils bei Gelegenheit der vom 8. bis 10. Dezember 1905 in Washington veranstalteten Zusammenkunft des National Child Labor Committee zum Vortrag kamen und die zur Vorbereitung politischer Aktionen Streiftlichter auf die Lage und den Stand der Kinderarbeit und die

Entwicklung der Schulgesetzgebung in den Einzelstaaten der Union werfen.

Zunächst ist es die in rapidem Wachstum begriffene Baumwollspinnerei in den Südstaaten, Alabama, Nord- und Süd-Carolina, Georgia, die zur Bedienung ihrer 9 Millionen Spindeln die weiße Landarbeiter- und Kleinpächterbevölkerung aus Nord und Süd durch die Agenten unter Vorpiegelung der Aussicht auf höhere Löhne und größeren Komfort in den Städten an sich lockt, um sie mit ihren Kindern, denen durch eine 12-stündige Arbeitszeit jede Möglichkeit geistiger und physischer Weiterentwicklung genommen ist, in die ungesunde Atmosphäre der Fabrikräume zu bannen. Nach den Angaben des Präsidenten der Vereinigung der Baumwollfabrikanten stehen 75 Prozent der Spinner Nord-Carolinas in einem Alter von nicht 14 Jahren. Fast überall besteht eine Bestimmung über das Mindestalter, doch fehlt es an einer Fabrikinspektion und irgend welchen wirksamen Durchführungsmaßnahmen und fast überall legalisiert ein portelgeriger Notar eine Gesetzesübertretung durch Ausstellung eines auf wissentlich unwahre Angaben der Eltern gestützten fälschlichen Alterszeugnisses. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 66 Stunden. Die Folge solcher Zustände ist zunehmender physischer und kultureller Rückschritt auf die Stufe der Vögelbevölkerung.

In der seit den 1860er Jahren in allen Staaten stark vorangeschrittenen Glasindustrie werden, mehr als in fast allen anderen Industriezweigen, Knaben zur Vermittelung zwischen den Stadien des Produktionsprozesses verwendet als Handlanger und Träger erwachsener Arbeiter.

Erfahrungsgemäß löst die Arbeit bei einer den Arbeiter physisch besonders erschöpfenden hohen Temperatur ein besonders starkes Bedürfnis nach künstlichen Reizmitteln aus. Der Trunk und seine Folgen sind das von den erwachsenen Arbeitern in den Glashütten den jugendlichen dauernd gebotene Vorbild, das diese rasch nachahmen. Dazu kommt als hygienisch besonders nachteilige Erscheinung, daß die Kontinuität des Produktionsprozesses über 60 Prozent der Kinder zwingt, wochentags wechselnd, in der Nachtschicht zu arbeiten. In einzelnen Staaten besteht eine Untergrenze von 14 Jahren, die für nächtliche Beschäftigung auf 16 Jahre heraufgerückt ist, in den meisten Staaten bereiten jedoch die Arbeitgeber das Zustandekommen eines derartigen Gesetzes durch den Hinweis auf die Unmöglichkeit, ohne die Arbeit 12- und 13jähriger mit den Industrien anderer Staaten konkurrieren zu können.

Durch die Verhandlungen gelegentlich des Kohlenarbeiterstreiks in Pennsylvania 1902 kam die dortigen Zustände aufmerksam gemacht, veranstaltete das National Child Labor Committee in den Anthrazitgruben eine Enquete. Schätzungsweise arbeiten 9-10000 Knaben unter 14 Jahren in den Gruben. Eine Stichprobe ergab, daß unter

42 Knaben nur 3 das gesetzliche Alter von 14 Jahren hatten. Gewöhnlich sind sie an dem stets in eine Wolke von Kohlenstaub gehüllten Sortierapparate beschäftigt. Die technische Verbesserung, durch Befuchtung der Bohle den Staub zu beseitigen, ist beispiellos und in wenigen Fällen eingeführt. Dabei sind die Unglücksfälle Jugendlicher in den Minen, wie auch sonst in gefährlichen Betrieben, nach dem Bericht der Faktoringenieurinspektors im Verhältnis von 250-300 Prozent häufiger, als unter Erwachsenen. Das Hauptargument gegen Durchführung und Verschärfung der Gesetzesbestimmung ist hier, daß es ja nicht amerikanische Kinder seien, um die es sich handle, sondern Kinder von Italienern und Slaven, denen es bei der Arbeiterinnern noch besser gehe als in ihrer Heimat. Weniger physisch als moralisch nachteilig wirkt die besonders in Großstädten häufige Beschäftigung Jugendlicher als Verkaufsverkäufer in Varieties, als Hotel- oder Botenjunge, die den Knaben zum Zeugen von Schaustellungen macht oder in Montagetakt bringt mit Elementen, die seinen Charakter verderben, die er oder um der Trinkgelber willen bevorzugen lernt. Ebenso schädigt das Gewerbe der Zeitungsjungen, dessen Einträglichkeit weniger durch angestrengte Arbeit als durch Verissenheit und Unredlichkeit zu steigern ist und das des veredelnden bildenden Einflusses der Erwerbstätigkeit mangelt.

Nur kurz wird der Heimarbeit Erwähnung getan, bei welcher in Städten wie Newyork das Kind von 2 1/2 Jahren künstliche Blumen herstellen hilft, im Alter von drei Jahren Tabakblätter glättet, mit 4 Jahren Pappschachteln beklebt, von 4 bis 6 Jahren Knöpfe annäht, bis zum 12. Jahre der Mutter beim Nähen von Wäsche usw. hilft, um von da ab, dem Gesetze zuwider, in der Fabrik beschäftigt zu werden. Zum Schluß folgt eine flüchtige Skizze des Standes der Gesetzgebung in mehreren Staaten.

Das Meiste ist erreicht in Newyork, Illinois, Massachusetts und wenigen anderen Staaten, wo die Bewegung für einen Schutz der Kinderarbeit auch verhältnismäßig älter ist. Dort besteht zwar ein Verbot jeder Kinderarbeit vor Erreichung des 14. Lebensjahrs, doch ist es ein toter Buchstabe geblieben, da die Behörden zögern, das — nach vierzehn Jahren Gültigkeit — vielfach den Arbeitgebern unbekanntes Gesetz streng durchzuführen. Viele Kinder verlassen die Schule vor dem 14. Lebensjahre, treten in eine Fabrik ein, verlassen diese bald wieder, um sich herumzutreiben. Durch einen praktischen Versuch ist in Newyork ein Argument für Kinderarbeit, das diese als in den meisten Fällen zur Erhaltung der Familie unbedingt erforderlich hinstellte, widerlegt. Die Verwaltungskommission eines Stiftungsfonds, der durch Erteilung von Stipendien in der Höhe von 1-3 \$ die Woche den Kindern in solchen Fällen die Fortsetzung des Schulbesuchs ermöglichen sollte, hat

Das Arbeiterleben in den Vereinigten Staaten.

Vor 2 Jahren hat das preussische Handelsministerium in Ausführung eines vom preuss. Abgeordnetenhaus angenommenen Antrages Trimborn eine Reihe von Kommissaren zum Studium des gewerblichen Unterrichtswesens in die Vereinigten Staaten und zur Weltausstellung in St. Louis entsandt. Die Berichte dieser Herren sind eingegangen. Sie bieten ein ungemein umfassendes Bild von den gesamten industriellen Verhältnissen des Landes. Zum Teil sind die Herren Berichterstatter, Gewerbeinspektoren, Fachmänner der Fortbildungsschule und Fabrikinspektoren, weit über den Rahmen ihrer engeren Aufgabe hinausgegangen und haben mit den Berichten über die Schulverhältnisse umfassende Schilderungen der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse der gewerblichen Konkurrenz der amerikanischen Industrie und ihrer Arbeiter und Angeestellten geboten.

Im einzelnen enthalten die Berichte, die von der preussischen Regierung den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften in einem 500 große Folioseiten umfassenden Bande unterbreitet worden sind, manches, was vielleicht von dem einen oder anderen Kenner angegriffen werden dürfte. Es sind eben nur Eindrücke, die auf einer trotz mehrwöchiger Dauer doch immerhin kurzen Reise gesammelt worden sind. Die Herren haben aber alle möglichen Schulen inspiziert, fast alle größeren Fabriken des Landes, darunter die bedeutendsten Riesenwerke der Metallindustrie, besichtigt, und zu alledem waren sie

bestrebt, sich mit der Gesamtlage aller Berufsstände des gewerblichen Leben möglichst genau vertraut zu machen.

Für die Leser des „Deutschen Metallarbeiters“ ist von besonderem Interesse, was die Herren über die Verhältnisse der amerikanischen Arbeiter berichten. Es sei daher im folgenden das, was darüber in den Berichten zu finden ist, im Auszuge oder im Wortlaut wiedergegeben:

Herr E. Beil, Direktor der Fachschule für Kleinisen- und Stahlwarenindustrie in Schmalkalden, weiß in seiner Besprechung der Werkzeugmaschinenfabriken über die Arbeiterverhältnisse folgendes zu berichten: „Als technische Leiter der besuchten Werkstätten fand ich vorzugsweise in ihrem Spezialgebiete langjährig erfahrene intelligente Praktiker, die zumeist aus dem Arbeiterstande hervorgegangen waren und sich nebenbei durch Privat- und Abendunterricht ihren Bedürfnissen entsprechende technische und allgemeine Kenntnisse, besonders auch Fertigkeit im Zeichnen angeeignet hatten. Die Arbeitererschaft der Fabriken setzt sich allgemein aus 2 Klassen, aus ungelerten Gelegenheitsarbeitern und aus gelernten Qualitätsarbeitern zusammen. Erstere werden in kürzester Zeit auf eine bestimmte Teilarbeit eingeleitet, die meistens nur in der Bedienung mehrerer, oft selbstständig arbeitender Maschinen besteht, und sie sind demzufolge auch leicht bei Streiks zu ersetzen oder bei Arbeitsmangel sofort aussparbar. Den Qualitätsarbeitern werden die Vollendungsarbeiten zugewiesen, insofern diese besondere Erfahrung und manuelle Geschicklichkeit erfordern. Die Löhne der ungelerten Arbeiter haben die für deutsche Verhältnisse etwa

die Höhe von 2-3 Dollar pro Tag, den Qualitätsarbeitern und Werkzeugmachern zahlt man bis 4 Dollar, Monteuren und Vorarbeitern auch bis 6 Dollar täglich, zehnstündige Arbeitszeit gerechnet. Die Minimallohn werden den Fabrikanten zumeist von den Arbeitervereinigungen vorgeschrieben. Für diese hohen Löhne verlangt man in amerikanischen Fabriken aber auch entsprechende Leistungen, und die Arbeiter werden hierfür stärker ausgenutzt, als es in deutschen Werkstätten geschieht. So besteht in ersteren allgemein die Einrichtung, daß ein Arbeiter bis zu sechs Hilfsmaschinen bedienen muß. Nach eigenen Beobachtungen und mir gewordenen Mitteilungen arbeitet der amerikanische Arbeiter im allgemeinen auch intensiver als der deutsche. Hierzu mögen vor allen die straffere amerikanische Zucht zur Arbeit, die Entschämtheit vom Alkoholgenuss, auch vom Bier, die in Amerika in Arbeiterkreisen vielfach angetroffen wird, sowie die kräftige Ernährung durch die übliche Fleischkost ihr gut Teil beitragen. Die durchschnittliche Arbeitszeit in amerikanischen Werkstätten beträgt 54 Stunden in der Woche, welche Zeit auf die einzelnen Tage so verteilt wird, daß der Sonnabend Nachmittags vollständig arbeitsfrei bleibt. Arbeitspausen gibt es täglich nur eine von dreiviertel bis einstündiger Dauer, die in die Mittagszeit fällt. Eigenartig berührt den Europäer, der amerikanischen Fabriken betritt, der Verkehr zwischen Arbeitern und Vorgesetzten, der völlig auf dem Fuße sozialer Gleichberechtigung erfolgt. An dem Auftreten der Arbeiter merkt man, daß sie nicht das Gefühl haben, irgend jemandem untergeordnet zu sein. Vorgesetzte in deutschem Sinne gibt es in amerikanischen Fabriken nicht. Trotz die

gefunden, daß die Kinderarbeit weit weniger als meist angenommen wird, einem tatsächlichen Ergebnis auf Seiten der Familie entspricht. In Pennsylvania besteht ein Verbot der Beschäftigung noch nicht 14-jähriger Kinder in allen Erwerbszweigen mit Ausnahme der Haus- und Landwirtschaft. Dazu kommt ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre; von letzterer Bestimmung sind gewisse Ausnahmen zulässig. Das Gesetz ist im ganzen wenig praktisch. Massachusetts verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren, sofern diese nicht ein gewisses Maß von Kenntnis im Lesen und Schreiben besitzen, und setzt für Frauen und Kinder ein Maximum der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 Stunden fest; Missouri fordert als Mindestalter für Beschäftigung in Fabrik- oder Maschinenbetrieben, die mit Gas, Dampf, Elektrizität usw. arbeiten, 14 Jahre; das gleiche gilt für Betriebe, die nach dem Urteil wenigstens zweier Ärzte gesundheitsgefährlich sind. Die Beschäftigung von nicht 12-jährigen Knaben und weiblichen Arbeitern in Minen ist unzulässig. Für Kinder, die nicht lesen und schreiben können, beträgt das Mindestalter 14 Jahre. Ein Schulpflichtgesetz, das den 8-14-jährigen Schulbesuch vorschreibt und den Schulbesuchsbeamten ein Recht zum Visittieren der Fabriken einräumt, soll in der gleichen Richtung wirken. Mehrere Südstaaten, so Florida und Georgia, haben gar keinen Kinderschutz; andere, so Nord- und Südkarolina, kennen zwar ein Mindestalter von 12 Jahren, lassen jedoch in großem Maße Ausnahmen zu und ermangeln einer tüchtigen Fabrikinspektion.

Zweck des Kongresses war zugleich für Columbia, in dessen Hauptstadt die Tagung erfolgte, einen Gesetzentwurf vorzubereiten. Dieser setzt als Mindestalter 14 Jahre fest, gestattet jedoch schon früher Arbeit während der Ferienzeit in der Landwirtschaft. Die Beschäftigungsfähigkeit ist für 14- bis 16-jährige an die Beibringung eines amtlichen Zeugnisses über Schulkenntnis und Alter geknüpft; zugleich ist ein Versuch zu einer Ermöglichung besserer Kontrolle gemacht.

Das gewonnene Bild ist im ganzen ein recht trauriges: entweder gar kein Schutz, oder, was kaum viel besser ist, tote Gesetze. Wenn auch der nationale Ausschuss für die Kinderarbeit durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung bessern will und bei diesem Bestreben die Gewerkschaften auch auf seiner Seite hat, so ist doch die Macht der Unternehmer im Kongress, wie in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten zu groß und wird durch Vetternschaft und Egoismus auf Seiten eines großen Teils der auf niedrigerer Kulturstufe stehenden neu eingewanderten irischen und slowakischen Arbeiter zu sehr gestützt, als daß man nennenswerte Fortschritte für die nächste Zukunft erwarten dürfte, zumal sich im Süden und Westen ein starker Mangel an Arbeitern geltend macht.

Amerika bietet in dieser Hinsicht einen ähnlichen Anblick, wie England um die Wende des 18. Jahrhunderts. Bis jetzt ist es jedenfalls fast ausnahmslos den kapitalistischen Interessen gelungen, wo nicht den Erlaß, so doch die Ausführung der Schutzgesetze zu verhindern.

Der „Evangelische Arbeiterbote“

Organ des rheinisch-westfälischen Verbandes evangel. Arbeitervereine bezw. des Gesamtverbandes schreibt in Nr. 25.

Der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaften

bezw. des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes wurde kürzlich durch die richterliche Begründung eines in Sachen des Vereins- und Versammlungsrechts — eine Versammlung, welche sich angeblich mit öffentlichen Dingen befaßte, war nicht polizeilich angemeldet — gefällten Urteils in Frage gestellt. Wie der „freie“ deutsche Metallarbeiterverband sozialdemokratischen Einflüssen ausgesetzt wäre, so stände der christliche Verband unter dem Einfluß des Zentrums.

Natürlich war der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse, so schreibt man uns, die sonderbare Behauptung eines preussischen Richters, die jeder Begründung und Unterlage entbehre, eine willkommenere Gelegenheit, in dem ihr eigenen Ton auf den Christlichen heranzupauken. Die richterliche Behauptung kann nur von allen Anhängern und Freunden der christlichen Gewerkschaften auf das Tiefste bedauert und als nicht den Tatsachen entsprechend entschieden zurückgewiesen werden. Jeder, der etwas tiefer speziell in die Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes hineingeblickt hat, wird zu einem ganz anderen Ergebnis kommen.

„Unkenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht.“ Danach handeln die Gerichte. Ueber eine Arbeiterorganisation zu urteilen, ohne ihr innerstes Wesen genügend zu kennen, verdient nicht minder scharf verurteilt zu werden, auch wenn Richter in Frage kommen.

Jedenfalls würden sich die evangelischen Mitglieder und die evangelischen Beamten bedanken, unter dem Einfluß der Zentrumspartei zu stehen. Die Interkonfessionalität und der parteipolitisch-neutrale Charakter der christlichen Gewerkschaften, wie er schon auf dem ersten Kongress in Mainz als Prinzip aufgestellt, wird allgemein anerkannt und was wichtiger ist, es wird auch danach gehandelt.

Hoff und Meid sind es, die den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern die Feder in die Hand drückt, um von „Zentrumsgewerkschaften“, „Anhängel des Zentrums“ usw. zu schreiben und solche die es werden wollen, kopflos zu machen. Nur Leute, die aus der sozialdemokratischen oder linksliberalen Presse ihre geistige Nahrung beziehen,

kommen zu solchen merkwürdigen, einseitigen Anschauungen.

Aus diesen Erwägungen heraus kann man es verstehen, daß sogar Angehörige des Richterstandes, von denen doch Objektivität erwartet werden muß, zu einer solchen einseitig gekennzeichneten Urteilsbegründung in Sachen der christlichen Gewerkschaften kommen können.

Selbstverständlich wird das die evangelischen Mitglieder nicht abhalten, weiter unermüdet in ihren Kreisen zu arbeiten, damit Vorurteile und schiefse Ansichten zerstreut und richtig gestellt werden. Gerade nach dieser Richtung hin geht es jetzt tüchtig vorwärts, so daß sich nachgerade niemand mehr betören läßt. Evangelische und kathol. Arbeiter müssen sich in der wirtschaftlichen Vertretung ihrer Interessen die Hand reichen, wer sie auseinander zu reißen versucht, fördert nur die Sozialdemokratie.

Wir können nur wünschen, daß die evangel. Arbeitervereine bezw. die Zeitung sich diese Neuerungen zu Herzen nehmen.

Zu der vorigen Nummer brachten wir die Worte des Professor Harnack: Gerne reichen wir auch unseren katholischen Brüdern in der sozialen Arbeit die Hand und blicken mit Sympathie auf die christlichen Gewerkschaften und ihre Entwicklung.

Die Kreise, die um Harnack im evangelisch-sozialen Kongress vertreten sind, die bisher der christlichen Arbeiterbewegung — ich will nicht sagen feindlich — mindestens aber gleichgültig gegenüberstanden, werden nun wohl endlich den Kurs ändern und mit Nachdruck den evangelischen Arbeitern zurufen: „Hinein in die christlichen Gewerkschaften!“

Wie wird wohl Naumann, Traub und Genossen zu Mut gewesen sein, als sie solche prächtige Worte von Harnack hörten?

Zimmer einsamer wird es um Naumann und Genossen! — Des weiteren muß es gerade von unserer evangelischen Seite einmal offen ausgesprochen werden, daß die Zustände wie sie sich z. B. in Stuttgart herausgebildet haben unhaltbar sind.

Kann man denn vielleicht mit evangel. Arbeitervereinen, die wirtschaftlich in sozialdemokratischen Verbänden organisiert sind, und dort noch Vertrauensmann spielen, die christlich-nationale Bewegung vorwärtsbringen? Keineswegs!

Unsere evangelischen Mitglieder sollen in ihren Arbeitervereinen endlich mal darauf hinarbeiten, daß grundsätzliche Stellung für die christlichen Gewerkschaften gewonnen wird.

Vorkommnisse, wie bei der Gewerbegerichts-wahl in Stuttgart, dürfen in Zukunft unter keinen Umständen mehr vorkommen, dafür müssen unsere evangelischen Kollegen sorgen.

Ein evangelisches Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes.

der demokratischen Verhältnisse sollen Widersprüche seitens der Arbeiter selten vorkommen, und ich selbst habe auch solche nicht in einem einzigen Falle bemerkt. Solche verhindert schon der harte Konkurrenzkampf und die Geißel der plötzlichen Entlassung. Das Verhalten der Vorgesetzten den Arbeitern gegenüber fand ich nie herrlich und herausfordernd, sondern allgemein todtoll und freundlich.“

„Ich erwähne diese Beobachtungen besonders deshalb, weil dieser ungewohnten Verkehr zwischen Vorgesetzten und Arbeitern in amerikanischen Fabriken nach Versicherungen amerikanischer Fabrik-Superintendenten einen fördernden Einfluß auf die Ausbildung der Fabrikationsmittel und der Fabrikate ausüben soll. Mancher Arbeiter wird hierdurch veranlaßt, mit seinen oft nicht zu unterschätzenden praktischen Erfahrungen für Verbesserungen usw. ge aus sich herauszugehen. Diesem Umstande und dem wechselseitigen Austausch praktischer Ideen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten sind ein gut Teil der gebiengenen kleinen Erfindungen und Verbesserungen an Werkzeugen, Maschinen, und Arbeitsverfahren zuzuschreiben, denen man in amerikanischen Werkstätten oft begegnet und die deren Erzeugnissen im allgemeinen ihre hervorragende praktische Brauchbarkeit verleihen.“

Gewerbeschuldirektor v. Bock, Frankfurt a. M., berichtet: „Die Löhne sind trotz der von Jahr zu Jahr mehr in Anspruch genommenen Maschinenarbeit und trotz der Zuwanderung bei allmählicher Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gestiegen. Die Einschränkung der letzteren führt naturgemäß zur notwendigen Beschäftigung einer größeren Arbeiterzahl. Die Lohnsätze sind ebenfalls

wie die Dauer der täglichen Arbeitszeit, je nach Größe und der Lage der Städte verschieden. Im allgemeinen sind sie höher an größeren Plätzen bei kürzerer Arbeitszeit und niedriger an kleineren Orten bei längerer Arbeitszeit. In Newyork z. B. verdienen Schweineergesellen bei wöchentlich 44stündiger Arbeitszeit 21 Dollar, dagegen werden ihnen an kleineren Plätzen des Binnenlandes für wöchentlich 56 Arbeitsstunden nur 15 Dollar gezahlt. Tapezierer erhalten in Städten wie Boston, bei wöchentlich 44stündiger Arbeitszeit 18 Dollar. Feinmechaniker in Rochester werden mit 12-22 Dollar pro Woche bezahlt. Maurer und Zimmerleute gehören als „Saisonarbeiter“ zu den bestbezahlten Arbeitskräften. Sie bekommen, selbst in mittelgroßen Städten, 55 Cents, bezw. 35 Cts. pro Stunde, das macht bei täglich 8stündiger Arbeitszeit nahezu 5 Dollar bezw. 3 Dollar pro Tag. Die Maurer arbeiten besonders schnell und tüchtig.“

„In der Bemessung des Lohnes sucht der Arbeitgeber mancherorten freie Hand zu behalten; er wehrt sich gegen die Lohnforderungen der Arbeitervereine und zahlt dem Arbeiter „was er ihm wert ist“, d. h. nach den Leistungen.“ — — „Im allgemeinen kann man sagen, daß die Löhne der Arbeiter in den erwähnten Verufen die höchsten Lohnsätze um das drei- bis vierfache übertreffen. Sie steigen aber noch wesentlich höher bei Bezahlung von Stückarbeit.“

Die Ausführungen dieses Herrn über die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber rühren offenbar von den Unternehmern her und sind daher mit Vorsicht aufzunehmen

In einer Schilderung der unangenehmen Folgen der Lohnerhöhungen führt er aus: „Auf den ersten Blick sollte man glauben, daß eine Steigerung der Löhne auf alle Fälle dem Arbeiter zum Vorteil gereiche. Das ist nun nicht unter allen Umständen der Fall. Während der Geschäftsinhaber früher auch in Zeiten langsameren Geschäftsganges dem Arbeiter, soweit es ging, Beschäftigung gewährte, entläßt er ihn jetzt sofort, wenn er für den Arbeiter nicht anreichend zu tun hat. Schwofes und rücksichtsloses Vorgehen zur Erlangung besserer Wohnbedingungen auf der einen Seite hat Rücksichtslosigkeit auf der anderen hervorgerufen. Man gewinnt den Eindruck, daß dort mehr als bei uns ein bitterer Kampf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber entbrannt ist, der wohl zeitweilig unterdrückt, aber voraussichtlich nicht lange eingestellt sein wird. Es ist ein Kampf um rein materielle Interessen, dem nur das eine Ziel vorsetzt, in möglichst kurzer Zeit viel Geld zu verdienen. Das ideale Streben, das die materiellen Interessen beider Teile fördern würde, durch Zujommengehen zugunsten von Gewerbe und Industrie möglichst hohe Leistungen zu erzielen, woraus sich auch bessere Arbeitsbedingungen erschaffen würden, wird leider wenig bemerkt.“

Herr Bock aber hat die Wahrnehmung gemacht, daß trotz dieses weniger angenehmen Verhältnisses der Lohn, den der Unternehmer in seinen Bekanntmachungen und Aufschlägen an den Arbeitern gegenüber anspricht, sehr höflich ist

(Fortsetzung folgt).

Die Frauen und die Gewerkschaften.

Ueber dieses Thema schreibt das „Reich“:
 „Wir wollen heute nicht von den erwerbstätigen Frauen, sondern von den Frauen christlicher Gewerkschaftler reden. Gar manchmal sind die Frauen ein Hindernis der Bewegung. Aber wie fragen: Ist es ein Wunder, wenn die Frauen Gegner solcher Gewerkschaften sind, von denen sie nichts zu sehen und zu hören bekommen, als die Beitragszahlung, zu der der Mann sich verpflichtet hat? Es scheint uns nicht zu genügen, wenn die Frauen durch die gelegentlichen Unterstützungen merken, daß das Geld, das an die Gewerkschaft gezahlt ist, gut angelegt ist. Aus reinen Kassennaturen erzieht man nimmermehr brauchbare Freunde der christlichen Gewerkschaften. Es ist nötig, daß die Frauen wie die Männer vom Gewerkschaftsgedanken erfasst werden und auch die ideale Seite der gewerkschaftlichen Arbeit einsehen lernen.“

Es erscheint uns aber nicht zweckmäßig, Frauen in die regelmäßigen Gewerkschaftsversammlungen hinzuzuführen. Die langen Reden und die gelegentlichen Streitigkeiten, sowie die überlange Dauer mancher Versammlung werden die Frau nicht für, sondern gegen die Gewerkschaftsbewegung einnehmen. Es ist nötig, in jedem Halbjahr einmal einen gewerkschaftlichen Familienabend zu veranstalten. Es ist aber ebenso nötig, daß bei diesem Abend, zu dem die Männer ihre Frauen mitbringen, das Gewerkschaftliche im Vordergrund steht. Wollte man die Frauen an dem Abend nur mit dem üblichen „reichhaltigen Programm“ unterhalten und mit einem oblitgaten Dänzchen schließen, — so hätte man — blicke! — den Frauen einen vergnügten Abend gemacht, gewerkschaftlich aber wären sie ebenso ungeschult, wie zuvor. Das Vergnügen ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften; dafür ist gewerkschaftliche Arbeit zu ernst und zu groß. Wohl soll ein solcher Familienabend einen gemütlichen Anstrich haben, der dem weiblichen Charakter zusagt. Man kann an einem Sonntag nachmittag einen Ausflug vornehmen lassen, oder man beginne an einem Wochentag abend eine Stunde früher als gewöhnlich. Die Versammlung darf höchstens zwei Stunden währen. Gut ist es, wenn die Tische gedeckt sind und wenn die Frauen recht billigen Kaffee oder Chocolade mit Gebäck erhalten können. Auch mag man je nach Landesitte etwas Musikalisches darbieten, aber der Mittelpunkt des Programms muß unbedingt ein Vortrag sein, der in recht volkstümlicher Weise den Nutzen der gewerkschaftlichen Bewegung für die Frauen darstellt.“ Wird eine Diskussion nach dem Vortrage beliebt, so sorge man jedenfalls, daß dieselbe sachlich bleibt. Wir glauben, mit solchen Veranstaltungen werden die Zahlstellen die besten Erfolge machen. Man kann die Arbeit der Frau für die Gewerkschaft nur gewinnen, wenn man sie ebenso wie die Männer gewerkschaftlich schult.“

Wir können uns diesen Ausführungen im großen ganzen nur anschließen, besonders soweit die sogenannten Familienabende in Betracht kommen.

Eine Vertrauensdame.

Unter diesem Namen hat die Steingutfabrik Firma „Willeh und Koch“ unter Leitung des Direktors Dr. Willeh in Dresden eine junge Dame angestellt, der ganz besonders die Aufgabe zufällt, in seelischer, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung auf die Arbeiterinnen des Bezirkes einzuwirken. Die Dame steht direkt unter der Leitung des Fabrikdirektors ohne Mittelsperson; sie arbeitet vollständig getrennt von der Betriebsleitung: es ist nur Vertrauensarbeit, Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen. Ein Unterschied der Tätigkeit dieser Vertrauensdame von der „Fabrikpflegerin“ liegt darin, daß letztere die Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiterinnen des Betriebes selbst einzurichten und zu leiten hat, während die Vertrauensdame nur die Oberaufsicht über solche, wie Bäder, Schneider-, Weißnäh- und Handarbeitskurse, Krankenkassen und dergleichen obliegt. Die Vertrauensdame ist berechtigt, die Räume, in welchen Arbeiterinnen für sich allein oder gemeinsam mit Männern beschäftigt sind, zu betreten, um wahrzunehmen, ob den Bestimmungen für Sauberkeit, Ordnung und Zucht nachgekommen wird.

Auch äußere Fürsorge für die Arbeiterinnen gehört zur Tätigkeit der Vertrauensdame, in Form von Stützkissen über Wohnungsverhältnisse usw. Sie wird Beraterin in äußeren wie in inneren Angelegenheiten des Lebens der Arbeiterinnen. Haus- und Krankenbesuche helfen mit, das Vertrauen zu erwecken und zu gewinnen, vor allem aber Ein-

zelgespräche auf dem ihr zugewiesenen Zimmer im Betriebsgebäude während der Arbeitspausen. Allmählich hat sich aus dieser Einrichtung die Gründung von Vereinsabenden als nutzbringend erwiesen, um aus der großen Masse der Arbeiterinnen einen kleinen Grundstock zu sammeln, bei dem eine persönliche Beeinflussung in tiefgehender Weise möglich ist.

Obgleich die Einrichtung erst 1/4 Jahre besteht, fehlt es doch nicht an Äußerungen des Dankes und der Anerkennung, sogar von seiten solcher, die der Einrichtung zuerst mit Mißtrauen entgegengekommen sind.

Die Firma hat die Absicht, in ihren verschiedenen Betrieben die gleiche Fürsorge für die Arbeiterinnen zu schaffen.

Derartige Einrichtungen, vorausgesetzt, daß sie wirklich im Interesse der Arbeiterinnen, und nicht zur Spionage für die Firma dienen sollen, könnten manches gute im Gefolge haben, namentlich, wenn die Arbeitgeber auch bestrebt wären, bei erkannten Uebelständen nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen.

Delegiertentag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine.

In der Pfingstwoche fand der Delegiertentag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Freiburg statt.

Wie mitgeteilt wurde, sind dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands jetzt 469 Vereine mit rund 88 000 Mitgliedern angeschlossen. Den einzelnen Landesverbänden gehören an: Pfälzischer Verband 50 Vereine, 8000 Mitglieder; Badischer Verband 30 Vereine, 3 970 Mitglieder; Sächsischer Verband 68 Vereine, 14 800 Mitglieder; Kur-elfischer Verband 13 Vereine, 1 696 Mitglieder; Mitteldeutscher Verband 23 Vereine, 4 123 Mitglieder; Brandenburgischer Verband 18 Vereine, 1 685 Mitglieder; Pommerischer Verband 2 Vereine, 327 Mitglieder; Posenischer Verband 8 Vereine, 1 082 Mitglieder; Schlesischer Verband 15 Vereine, 4 437 Mitglieder; Ostpreussischer Verband 25 Vereine, 3 528 Mitglieder; Mittelrheinischer Verband 22 Vereine, 3 228 Mitglieder; Nordelbischer Verband 7 Vereine, 1 489 Mitglieder; Saarverband 30 Vereine, 5 800 Mitglieder; Winden-Ravensberger Verband 12 Vereine, 1 380 Mitglieder; Rheinisch-Westfälischer Verb. 144 Vereine, 33 000 Mitglieder; der evangelische Arbeiterverein Hannover 1 Verein, 68 Mitglieder; der evangelische Arbeiterverein Emden 1 Verein, 56 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes pro 1906 schlossen mit 8 948,14 Mark ab.

Der christliche Holzarbeiterverband

kann auf eine günstige Entwicklung zurückblicken. Nach dem von dem Zentralvorstand des Verbandes herausgegebenen Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1906 stieg die Mitgliederzahl in dieser Periode von 5100 auf 10 205. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl wiederum 800 mehr, gleich 11 000. Die Ortsgruppen des Verbandes vermehrten sich um 134 und zwar von 121 auf 255. Fast noch günstiger haben sich die Kassenverhältnisse gebessert. Während der Verband im ersten Quartal 1904 an regelmäßigen Beiträgen nur die Summe von 10 581,84 Mark vereinnahmte, betrug diese Einnahme im ersten Quartal 1906 39 828,10 Mark. Die Einnahmen an regelmäßigen Beiträgen sind demnach beinahe um das Vierfache gestiegen. Zum Teil ist diese Steigerung auf die Mitgliederzunahme, zum Teil aber auch auf die erhöhte Opferfreudigkeit der Mitglieder zurückzuführen. Betrug doch der Wochenbeitrag durchschnittlich pro Mitglied im ersten Quartal dieses Jahres 39,6 Pfennig gegen nur 23,8 Pfennig im ersten Quartal 1904. Das gesamte Barvermögen ist gestiegen von 27 997,31 Mark auf 94 485,61 Mark, mithin um 66 488,31 Mark. Die Summe der ausgezahlten Unterstützungen betrug 94 731,58 Mark. Den Löwenanteil davon nimmt die Unterstützung für Streiks und für Gemeinregelungen mit 85 181,30 Mark ein. In Lohnbewegungen war der Verband 178 Mal verwickelt; in 92 Fällen führten die Bewegungen zur Arbeitsniederlegung. Von letzteren endeten mit vollem und teilweisem Erfolg 82, ohne Erfolg 10. Zu Tarifabschlüssen kam es in 39 Fällen. Der Bericht weist auch auf die Schwierigkeiten hin, die dem Verband von Seiten der Scharfschäfer und dem Terrorismus des freien Verbandes zu überwinden hatte, aber trotz alledem gehts vorwärts!

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“

schreibt zu dem Kampfe im Saargebiet:
 „Der Streit auf der Burbacher Hütte ist beigelegt. Die Arbeiter haben das Zugeständnis seitens der Hüttenverwaltung erzwungen, ihnen in Zukunft wegen ihrer Organisationszugehörigkeit keine Schwierigkeiten zu machen. Zwei der gemäßigtesten Arbeiter, derentwillen hauptsächlich der Kampf entwickelt hatte, sind wieder eingestellt worden. Die Arbeiter können mit dem Ergebnis des Kampfes zufrieden sein, besonders wenn man bedenkt, daß es durchschnittlich gewerkschaftlich total ungeschulte Leute waren, mit denen gekämpft werden mußte.“

Der Streit und sein Ergebnis haben bewirkt, daß der christliche Metallarbeiterverband im Saarrevier gute Fortschritte macht. In Burbach hat der Verband eine Zahlstelle von 3200 Mitgliedern und alle Tage finden Neuaufnahmen statt. Gleichfalls gelang es dem Verband in Brebach, Bülkingen, Neunkirchen, St. Ingbert, Dillingen, Beckingen, Horbach, Zweibrücken, Homburg und anderen Orten Fuß zu fassen. Kurz und gut, die Arbeitermassen im Saarrevier sind aufgewacht und befinden sich auf dem Wege zur Organisation. Und weil sie vernünftiger sind, gehen sie weder zu den Sozialdemokraten noch zu den Berliner Ueberkatholiken. Das hat die Herrschaft beider Richtungen in nicht geringe Aufregung versetzt; sie hätten ja gerne durch den Beitritt der Saararbeiter ihre Reihen und Kassen gefüllt. Aber nun sitzen sie an den Woffern der Saar und weinen, weil ihnen die Felle weggeschwommen sind. In ihrer Enttäuschung und Wut schimpfen sie recht kräftig auf die christlichen Gewerkschaften, besonders den christlichen Metallarbeiterverband. Die Berliner Ueberkatholiken, die sich die „feine“ Aufgabe gestellt haben, die Arbeiter zu Streikbrecher ersten Ranges zu erziehen, — belobigen die Herren doch öffentlich die Arbeiter ihrer sogenannten Organisation, daß sie im Burbacher Hüttenarbeiterstreik so wacker Stand gehalten, d. h. rückgratlos Streikbrecher gespielt haben — jammern mit den Sozialdemokraten um die Wette, daß die armen Hüttenarbeiter von den christlichen Führern gewissenlos in den Streik gehegt, aus dem sie mit einer schweren Niederlage zurückgekehrt seien.

Wir haben selten so gelacht wie bei dem Lesen dieser Jammersprüche. Die Berliner Ueberkatholiken und die Sozis sprechen von der Gemisstenlosigkeit anderer!! Was doch nicht alles möglich ist unter der lieben Sonne! Die christlichen Führer sollen, so schwächt die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“, die ungeschulten Massen in wilde Kampfesstimmung versetzt und durch fortgedrungen haben, der schon wegen Mangel an Geld seitens des christlichen Verbandes nicht hätte durchgeführt werden können. Das sagt das Organ einer sozialdemokratischen Organisation, die einen großen Streit nach dem anderen inszeniert, inszeniert unter den wildesten Kampfrufen und mit den radikalsten Phrasen, die die vollständig ungeschulten Massen schon vorher in einen tollen Siegestaumel versetzen — trotzdem diese Organisation weiß, daß sie schon in ganz kurzer Zeit ihre in den Kampf gehegten Mitglieder wegen fortgesetzten Geldmangels aus dem Kampf zurückziehen und um Wiederanstellung nach dem Unternehmer betteln schicken muß. Es gibt keine Organisation Deutschlands, ja der ganzen Welt, die in so gewissenloser Weise Streiks inszeniert, die dann aber auch alle verloren gehen, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Die Mitglieder dieses Verbandes lernen durch ihre Streikniederlagen förmlich wie durch einen Unterrichtskursus, mit dem Köppchen unterm Arm, gebeugten Rückens, schlotternden Knieen und tränenreichen Augen die Unternehmer um Erbarmen und Wiedereinstellung zu bitten.

Diese famose Streiktaktik haben denn auch endlich eine große Anzahl Berliner „freier“ Metallarbeiterverbände — die ja die meisten Streikniederlagen erlitten haben — satt bekommen, haben sich von dem großen Wasserlopp, genannt „freier“ Metallarbeiterverband, losgesagt und einen neuen sozialdemokratischen, „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband“ in Leben gerufen.

Nach sozialdem. Zeitungsberichten (Düsseldorfer „Volkszeitung“ Nr. 140 vom 18. Juni) hat's in der konstituierenden Versammlung des neuen Verbandes interessant zugegangen. Herr Wiesenthal, der Vorsitzende des neuen Verbandes und früherer zweiter Berliner Orts-Bevollmächtigter des alten Verbandes meinte, er würde vor einem sozialdemokratischen

Parteigericht „ohne den Unternehmern Waffen zu liefern, nachzuweisen, daß in der Ortsverwaltung Ver- in des (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes Verbrecher und Dummköpfe fassen. Die „Metallarbeiterzeitung“ wird ja nach vollzogener Kon- stituirung noch manche Drecksübel über den neuen Verband leeren. Aber dieses Schimpfen zeigt uns, wie schwach die Stellung der hiesigen Stuttgarter Herren (das ist der „freie“ Verbandsvorstand) ist.“ Weiter plauderte Herr Wiesenthal, „der „freie“ Metallarbeiterverband nehme nur jetzt den Mund so voll — wie zu Beginn aller seiner Kämpfe mit den Unternehmern. Und nochher konnte er seine Leute nicht jämmerlich genug um Wiederaufnahme in die Arbeitsstellen schiden.“

Wohl gemerkt, Herr Wiesenthal, ist waschechter, radikaler „Genosse“ und war zweiter Führer des „freien“ Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin. Und der von ihm so treffend charakterisierte sogenannte „freie“ Metallarbeiterverband will den christlichen Gewerkschaften Moral und gute Streik- taktik beibringen!

Wegen Beleidigung der christlichen Gewerkschaften verurteilt

wurde zu 150 Mark Geldstrafe am 19. Juni zu Han- nover der Zentralvorsitzende des Verbandes der Fabrik- laub-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Reichstagskandidat Aug. Brey. In einem Artikel im „Proletarier“ Nr. 4: „Etwas über die christliche Ge- werkschaftsbewegung“ wurde den christlichen Gewerkschaften nachgelagt, sie hätten im Westen in den Industrie- gebieten mit ihren Lügen abgewirtschaftet und kämen nun nach dem Osten. Die Christlichen seien nur ge- kommen, um Uneinigkeit zu stiften und Arbeiterverrat zu predigen. Den sogenannten Führern sei solches nicht übel zu nehmen, denn sie seien abhängig von ihren Brodgebern und müßten so arbeiten, wie diese es wollten. Die Gönner und Brodgeber seien Arbeitgeber die Geist- lichkeit, eine aus Junkern, Grafen, und konservativen Proben zusammengesetzte Korporation, nämlich der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“. In Bromberg sei auch eine solche, in Berlin aufs Lügen und Verbrechen abgerichtete agitatorische Kraft gelangt. Krug sei der Name. Nach eingehender verallgemeinernder Schilderung der Tätigkeit dieses Krugs hieß es im Sperrdruck: „Die Kerntruppen dieser christ- lichen Gewerkschaftsspielerei sind denn auch ehemalige Streikbrecher und Kol- legen, die wegen ehrenrühriger Hand- lungsweise aus unseren Verbänden aus- geschlossen sind und um die wir sie nicht beneiden und sie ihnen gönnen, denn gleich und gleich gesellt sich gern.“ An einer anderen Stelle heißt es: Unter dem Deckmantel der „christlichen“ mit dem einen Auge „andachtsvoll“ gen Himmel sehend und mit dem anderen forschend, lob die Worte und Taten den Arbeitgebern gefallen oder etwa mißfallen, wird die Agitation und Werbung „echt deutscher Arbeiter“ betrieben. Der Staatsanwalt hatte wegen der ungeheuren Beschimpfung 6 Wochen Ge- fängnis beantragt. Das Gericht erkannte auf 150 Mk. Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis, Publikation des Urteils, Einziehung der noch vorhandenen Exemplare und Unbrauchbarmachung der Formen und Platten.

Herr Lic. Mumm

bringt im „Reich“ dazu folgende Erklärung: Wir wird ein Bericht über eine interessante We- richtsverhandlung zugesandt, die vor kurzem vor der Strafammer des Rgl. Landgerichts in Hannover statt- fand. Redakteur August Brey, der inzwischen in Hannover zum Reichstagsabgeordneten erwählt ist, wurde dort wegen Beschimpfung der christlichen Ge- werkschaften zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. In seinem Blatte „Der Proletarier“ vom 17. Februar v. J. hatte Herr Redakteur Brey die christlichen Gewerkschaftler als Lügner und Arbeiterverräter be- zeichnet, sie als Süßlinge der Arbeitgeber, der Geist- lichkeit, der Heuchler, Streikbrecher usw. charakteri- siert, kurz, sie in der üblichen sozialdemokratischen Art mit „geistigen Waffen“ bekämpft, 21 christliche Gewerkschaftler aus Hannover-Linden beschloßen, ein- mal ein Exempel zu statuieren und reichlichen Klage ein. In der Verhandlung behauptete Herr Redak- teur Brey, es bestünden zwei christliche Gewerkschafts- bewegungen, „eine Mummische (evangelische) und eine katholische; die erstere sei in dem Artikel gemeint“; es könnten daher die christlichen Gewerkschaftler in Hannover sich nicht beleidigt fühlen. Der Ange- klagte zog die Existenz eines Gesamtverbandes Christ- licher Gewerkschaften in Zweifel.

Seine verblüffende Unkenntnis hat dem Ben- jamin des Reichstages nichts genügt. Vielleicht hat er die Freundlichkeit, nach beendeter Wahl einmal den „Vorwärts“ vom letzten Sonnabend sich anzu- sehen. Dort kann er lesen, daß der Gutenbergbund sich den christlichen Gewerkschaften anschließen will; dort kann er auch lesen, daß „Herr Lic. Mumm darüber himmlische Freude empfindet.“ Vielleicht überzeugt sich dann der Herr Reichstagsabgeordnete, noch ehe er seine Jungferrede hält, daß er mit der Behauptung, es gäbe Mummische Gewerkschaften, sich Blößen gibt, die ein führender Sozialdemokrat sich besser nicht gäbe.

Reinhard Mumm.

Interessant ist, daß jetzt Herr Brey die evan- gelischen Gewerkschaften beschimpft haben will, nicht die Christlichen, sonst heißt es immer die „Schwar- zen“ oder Zentrums-gewerkschaften, wie's halt trifft.

„Christliche Rechenkünstler“.

Die Fortschritte der christlichen Gewerkschaften sind den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge; wo sie nur herabgesetzt werden können, geschieht es. Gegen Zahlen läßt sich schlecht ankommen, deshalb müssen dieselben anders plaziert werden, um wenigstens scheinbar zum Ziele zu gelangen und um den Vogel- streichpolitikern wenigstens einige Fezensbeklem- mungen abzunehmen. So dachte jedenfalls auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission als es schrieb:

Durch die christliche Gewerkschaftskommission geht zur Zeit ein Bericht über einen Vortrag, den der „Generalsekretär“ Stegerwald in München gehalten hat. Er soll dabei ausgerechnet haben, daß die christ- lichen Gewerkschaften im Jahre 1905 um rund 70 000 zugenommen haben, oder um 75 Prozent. Nun sind die Rechenkunststücke der Christlichen allgemein längst bekannt und sie werden kaum noch ernst ge- nommen. Anders liegt es auch bei den Stegerwald- schen Zahlen nicht, die genau so aus den Fingern geflogen sind, wie die bisherigen Zahlen der Christ- lichen. Es geht dies auch aus den Zahlen von Ste- gerwald selbst hervor. Er behauptet, sie zählen ca. 210 000 Mitglieder, das sei eine Zunahme von 70 000 gegenüber 1904, welches wiederum 75 Pro- zent ausmachen soll. Nun aber zählten die Christ- lichen nach ihrer eigenen höchst unzuverlässigen Sta- tistik im Jahre 1904 insgesamt 107 556 angeschlos- sene Mitglieder, falls sie aber jetzt 210 000 hätten, so wären das keine 75 Prozent Zunahme, sondern nahezu 100 Prozent, was Stegerwald natürlich sofort ausschalten würde. Aber weiter können diese 75 Prozent auch nicht auf die nicht angeschlossenen Or- ganisationen zutreffen. Sie zählten 1904 99 928 Mitglieder, beide Gruppen zusammen also 207 484 hätten beide im letzten Jahre zusammen 70 000 zu- genommen, so würde das zwar der von Stegerwald jetzt angegebenen Gesamtzahl von 280 000 in beiden Gruppen ungefähr entsprechen, aber das ist keine Zu- nahme um 75 Prozent, sondern etwa 33 Prozent. Stegerwald hat ausdrücklich die dem Gesamt- verbande angeschlossenen Verbände genannt und diese haben wirklich 75 Prozent Zunahme zu verzeichnen, trotz der Rechenkünstler von der roten Couleur.

Die bösen Christlichen

greifen uns immerzu an, lassen uns niemals zur Ruhe kommen, so zog durch die Ausführungen eines sozialdemokratischen Referenten in einer Ver- sammlung zu Freiburg. Hatten sich die Freiburger Genossen mal aufs hohe Ross gesetzt, im stolzen Be- wußtsein, zu zeigen, daß sie größere Versamm- lungen zustande bringen, wie die „Schwarzen“, Gefagt, getan, unter marktschreierischer Reklame in der Tagesmesse wie auf den Plakaten wurde dem öffentlichen Publikum verkündet, daß Mittwoch, den 20. Juni im Storchensaal großer Schlachttag sei, nur echtes Wild werde ausgehauen. Als Matador war der unrühmlichst bekannte Vorhölzer aus Stuttgart auserselzen, welcher jedoch sein Erscheinen wieder ab- sagt, weshalb, kann man nicht erfahren. Für ihn trat dann ein Herr Künsterle-Stuttgart ein, der mit wenig Geschick und Glück das angelegte Thema be- handelte. Die Versammlung war durch das zahlreiche Er- scheinen unserer Gesinnungsgenossen noch leidiglich besetzt. Die Ausführungen des Referenten fanden we- nig Beachtung bei den Anwesenden; dafür zog es dann an, als einer der unseren als Diskussions- redner zum Wort kam, welcher die einzelnen Punkte der Tagesordnung zerpfückte, den Anwesenden klar-

legend, daß der sozialdemokratische Metallarbeiter- bund allen Grund hatte, von den Forderungen zu- rückzusehen, da der Stuttgarter Jubiläum wohl groß, aber eben so leer gewesen. Hunderte, ja tau- sende Mitglieder springen ab, so in Berlin, wo es jetzt 5 Metallarbeiterverbände gebe, darunter 3 so- zialdemokratischer Richtung. Der Vorwurf des Ver- rats falle auf die zurück, welche bei der For- merbewegung die übrigen Metallarbeiterverbände, Christlichen wie Hirsch-Dunker an die Wand zu drücken glaubten. Diese Ausführung des Kollegen Kollosrath wurden von den Genossen mit Beifall und Tumult aufgenommen, während es bei dem größeren Teil der Versammlungsbefucher eine Bei- fallsfalbe um die andere auslöste. Der nachfolgende Redner war ebenfalls eine „unrühmlichst bekannte „Größe“ der Freiburger Genossen nicht durch seinen großen Geist, wohl aber durch sein Phrasengedrebe und Geschimpfe.

Echtlich vermochte der Mann nicht die Aus- führung des Kollosrath zu widerlegen, dafür wurde er in bekannter Genossenart persönlich auffällig; was ihm einige schwer belastende Zwischenrufe eintrug. Unter anderem behauptete der schöne Herr, sein Verband (der sozialistische) habe nicht um de Anerkennung gekämpft. Solche Schwäger spielen eine maßgebende Rolle als Geschäftsführer.

Der Referent stimmte in seinem Schlusswort ein förmliches Klageged an. Die Christlichen möchten doch nicht immer auf den deutschen Metallarbeiter- bund einschlagen, das könne mal vorkommen, daß die Mittel erschöpft sind, wir im christlichen Verband könnten auch nicht sagen, wie lang und weit unsere Mittel reichen. (Wir prohlen auch nicht bei jeder Gelegenheit mit der großen Kasse, wie es die Freien tun. D. E.) Der soziald. Verband sei nicht unterlegen, wohl aber die Unternehmer, den christl. Verband wollte man nicht an die Wand drücken usw.

Die Ausführungen von Kollegen Kollosrath müs- sen somit ordentlich eingeschlagen haben; uns kann und soll es recht sein.

Noch einige solcher Versammlungen mit ähnlich provokatischer Einladung, ihr Freiburger Genossen, und dem letzten Metallarbeiter wird es klar, wer sein Interesse am besten vertritt, nämlich der christl. Metallarbeiterverband, deshalb unermülich gearbei- tet, bis der letzte Mann in unseren Reihen steht.

Den christl. Gewerkschaften gegenüber fennen wir nur unbedingten Kampf.

Diese Worte aus dem Munde des sozialdemo- kratischen Reichstagsabgeordneten Stücklen, gesprochen in einer hier abgehaltenen öffentlichen sozialdemo- kratischen Metallarbeiterverbands-Versammlung, ent- halten eigentlich nichts neues. Jedoch in den Zusam- menhänge, wie sie gebraucht wurden, mag es für die Kollegen von Interesse sein, sie zu erfahren.

Obiger Abgeordneter referierte über die Klassen- kämpfe der Metallarbeiter in der Gegenwart. Er vermied es, im Referate direkte Ausfälle gegen an- dere Organisationen zu machen. Unter anderem führte er aus, daß die Formerbewegung der Kampf einer Klasse gegen die andere gewesen sei und habe es sich nicht um direkte Vorteile für die Arbeiter ge- handelt! (Hört! hört!) Zum Schluß meinte er dann, eine Lehre haben die organisierten Arbeiter (natür- lich die roten) aus diesen Kämpfen gezogen und das sei die, daß das einende Moment in der Arbeiter- schaft mehr gesucht werden müsse!!! (Hört!)

In der Diskussion von unserem Kollegen Breil auf diese letztere Bemerkung festgelegt, in dem Sinne, daß auch wir christl. Metallarbeiter bei der Forme- rbewegung hewiesen hätten, daß wir zu kämpfen ver- ständen, das auch wir Kollegialität selbst den Fein- den gegenüber zu wahren wüßten, daß wir bis jetzt noch immer den guten Willen gezeigt hätten, in eine ehrlich dargereichte Bruderhand zu schlagen, wenn es galt, Arbeiterinteressen zu vertreten, machte der Herr Abgeordnete denn auch offenes Wajier und rief: Ihnen, den Christlichen gegenüber können wir nur unbedingten Kampf.

Also, Kollegen von Dortmund und auch ander- wärts, laßt euch nicht von den „freien“ Genossen- Kollegen Honig um den Mund schmieren, sie han- deln nach dem Grundsatz, dem Feinde gegenüber braucht man keine Wahrhaftigkeit zu üben. Vor den Augen spielen sie die besten Freunde, hinter dem Rücken die größten Feinde.

Anknüpfend hieran wollen wir uns auch kurz an unseren Kollegen in Dortmund direkt wa. den. Es ist ja trotz des Sommers und allen möglichen Ver- anlassungen ein verhältnismäßig guter Besuch der Mitglieder-Versammlungen zu verzeichnen. Beson-

ders in letzter Zeit hat sich die Sache etwas gehoben. Man aber Kollegen, die ihr garnicht kommt, laßt euch doch auch einmal sehen. Es wird in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten. Wir haben einige ganz gute Kräfte hier am Orte und an uns soll es wahrhaftig nicht liegen, auch die Versammlungen so interessant wie möglich zu machen. Selbstredend muß ein kleines Opfer an Zeit, und die Aufgabe eines Vergnügens einmal gebracht werden.

Um die Agitation für die Ausbreitung unseres Verbandes, die Erwerbung neuer Mitglieder usw. hier am Orte nun intensiver, besser gestalten zu können, haben wir in der letzten Versammlung die Frage erörtert, einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche zu erheben. Die anwesenden Kollegen erklärten sich einverstanden. In der nächsten Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Zimmermann, Siltgebrückerstraße 7, wird über diese Sache ein besonderer Vortrag gehalten und darüber beschloffen werden. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Die Magdeburger „Volksstimme“ und „Christlicher Bauernsang“.

Unter der fastigen Einleitung „Christlicher Bauernsang“ brachte die Magdeburger Volksstimme in Nr. 138 vom 17. Juni folgenden Bericht:

Am morgigen Sonntag findet in der „Freundschaft“ eine christliche Gewerkschaftsversammlung, einberufen vom christlichen Gewerkschaftskartell, für christlich und national gesinnte Arbeiter statt. Das unchristliche bei der Sache ist nur, daß nach unsern Erfahrungen diese „Christen“ einen Vertreter der freien Gewerkschaften in ihren Versammlungen keine Redefreiheit gewähren; daß hier dasselbe sicher eintreten würde, ist zweifellos, es ist dies aus der Form der ganzen Einladung ersichtlich. Da nun ferner nur christlich und national gesinnte Leute eingeladen sind, die Mitglieder der freien Gewerkschaften nach Ansicht dieser „Christen“ aber keinen Anspruch auf diese Eigenschaften haben, so liegt es klar auf der Hand, daß man unsere Leute nicht in der Versammlung haben will. Allerdings wäre es auch eine gefährliche Sache für die Christlichen, wenn seitens der freien Gewerkschaften in der christlichen Versammlung die ganze unjüdische Zersplitterungspolitik, welche die Christlichen beruht oder unbewußt im Interesse des Unternehmertums betreiben, wahrheitsgemäß beleuchtet würde. Immerhin bleibt es eine skandalöse Sache, wenn die Christen nun versuchen wollen, auch hier Zersplitterung in die Arbeiterkreise zu tragen, gerade in einer Zeit, wo es mehr denn je nötig ist, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen um die Verteidigung ihrer Menschenrechte in starken Organisationen zusammenschließen müssen. Die Vertreter des Kapitals machen keinen Unterschied zwischen Christen und Nichtchristen, wenn es gilt, gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter, mit Zuhilfenahme aller Machtmittel, Front zu machen. Um so ehr- und sinnvoller ist eine Agitation, welche dem gegenüber die Arbeiter auseinanderreiben will. Nun, hier in Magdeburg werden die Christlichen kein Glück haben, dazu sind unsere Arbeiter und Arbeiterinnen zu vernünftig, da die Christlichen aber die klar denkenden und handelnden Arbeiter, die in dem freien Gewerkschaften organisiert sind, gar nicht in ihrer Versammlung haben wollen, uns auch keine Redefreiheit gewähren, so darf ein ehrlich fühlender Arbeiter auch die christliche Versammlung überhaupt nicht besuchen. Wir haben keine Ursache, den Leuten die Lokale zu füllen. Man berufe eine Versammlung aller Arbeiter, ohne Unterschied, ob christlich oder nichtchristlich, ein und dann, werden wir diesen „Christen“ zeigen, daß für sie kein Boden in Magdeburg ist und die Arbeiterschaft diese Art von Zersplitterungsarbeit mit Abscheu von sich weist. Die Einladungen, welche die Christlichen zum Zwecke des Bauernsangs in allen Betrieben verteilen, werden daher auch ihre Wirkung verfehlen.“

Das interessanteste bei der Sache ist, daß dieselbe Volksstimme, trotzdem sie schreibt: „ein ehrlich fühlender Arbeiter darf die christliche Versammlung überhaupt nicht besuchen“, — am 19. Juni einen Bericht über die Versammlung bringen kann, oder gehören die Redakteure und Berichterstatter der „Volksstimme“ nicht zu den „ehrlichen Arbeitern?“

Um Antwort wird gebeten.

Die Währung im Lager des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter Hirsch-Duncker.

Bekanntlich befindet sich der Vorstand des rheinisch-westfälischen Ausbreitungsverbandes H.-D. gegen den Berliner Generalrat in ständiger Opposition. Der Haupt-Oppositionist ist Herr Erkelenz aus Düsseldorf. Solange genannter Herr die Zügel des Ausbreitungsverbandes der H.-D. in Händen hat, treten die Gegensätze sonderscharf zu Tage. Stets polemisierte er gegen den Berliner Generalrat. Dies brachte ihm schon einmal seinen Ausschluß aus dem Gewerkschaftsverein ein. Als er nachher wieder auf Drängen der Mitglieder Aufnahme gefunden hatte, zing die Opposition wieder los. Sowohl der alte Haupt Dr. Max Hirsch wie auch Herr Mauch, Hartmann und die jetzige Leitung wurde und werden verunglimpft und bespöttelt. Die Düsseldorfer halten sich und vor allem Erkelenz für die Geschicktesten. 1905 nannte Erkelenz sich in seiner eigenen Zeitung „der Gewerkschaftsboten“ bei Besprechung des von ihm verfaßten Broschüre betitelt „die Kraftprobe im Ruhrgebiet“, „einen hellen Kopf“. 1906 wurde zu Ostern von den Düsseldorfern eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß ein Mitglied aus der Provinz, mit einem volkswirtschaftlich gebildeten Verstand, an die Stelle des verstorbenen Verbandsanwalts befördert wurde. Auch hier kommt wieder zweifellos Herr Erkelenz in Frage. Eine eigene Tageszeitung gründete Erkelenz auch gegen den Willen der Berliner Herrn. Das Unternehmen hat nach 1/2jährigem Bestand, Fiasko gemacht.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit gibt der rheinisch-westfälische Ausbreitungsverband der H.-D. Gewerkschaften nun eine neue Zeitung, betitelt „Mitteilungen“ heraus. Diese „Mitteilungen“ sollen in zwingender Folge, mindestens jedoch monatlich einmal erscheinen und an die auswärtigen Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Ausschußmitglieder gesandt werden. In diesem Blättchen soll nun, wie es scheint, die Minierarbeit gegen den Berliner Generalrat betrieben werden.“ Nr. 3 vom Mai 1906 liegt vor. In dieser Nummer macht Erkelenz den Lesern die unangenehme Nachricht von dem Eingehen des dreimonatigen Erscheinens der „Westdeutschen Abendpost“ mit dem 1. Juni.

Er klagt über das Fehlen genügenden Kapitals für die Durchführung des Zeitungsunternehmens. Die Sammlungen hätten nicht genügend eingebracht. Geschultes Personal habe gefehlt. Die Verbreitung der Zeitung sei schwieriger und teurer gewesen als man gedacht habe. Der Generalrat habe durch sein Verbot aus dem Lokalfonds der Gewerkschaften Gelder für den Zeitungsfonds zu bewilligen die Sammlung für das nötige Kapital unmöglich gemacht. Der Generalrat habe sich dadurch einen unerhörten Uebergriff in die Rechte der Ortsvereine geleistet. Die Berliner Elemente (Generalrat d. G.) hege eine ungeschämte Wut gegen allen Fortschritt, sie seien reaktionäre Dunckelmänner, ihre Rückständigkeit müsse bekämpft werden. Herr Goldschmidt sehe seinen Anhängern und Gegnern einen Floh ins Ohr und behaupte, die Düsseldorfer wollten den Gewerkschaften einer politischen Partei dienlich machen. Lüge nur weiter, es bleibt ja doch etwas hängen denke man in den Redaktionen der Berliner Zentral-Organen.

Wenn etwas aus dem Angeführten klar zu Tage tritt, dann sind es scharfe Gegensätze, die im Schoße des H.-D. Gewerkschaftsvereins bestehen, die über kurz oder lang scharf zum Ausbruch kommen werden. Derselbe Erscheinung, die sich bereits im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, durch die Gründung des neuen Metallarbeiterverbandes gezeigt haben. Für die christliche Gewerkschaften gibt es angesichts dieser Tatsachen nur eins; seien wir uns einig und auf der Hut.

J. Winter.

Metallarbeiterausperrung in Dresden.

Eine erneute Metallarbeiterausperrung scheint sich wieder in Dresden abzuwickeln. Da einige Firmen, die bei Beendigung der letzten Ausperrung getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten haben, sondern Maßregelungen und Lohnabzüge vornahmen, legten in diesen Betrieben die Arbeiter die Arbeit nieder, worauf die Industriellen durch Anschlag in den Betrieben die Ausperrung aller der Arbeiter ankündigten, welche dem Verband angehören, der den erneuten Streik veranlaßt habe.

Eine Reihe öffentlicher Versammlungen fandens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes statt, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigten. In allen Versammlungen herrschte ein zutiefstige Erregung. Die Referenten betonten, soll die Ausperrung zur Wahrheit werden, so würde die Industriellen es diesmal nicht nur mit den Metallarbeitern sondern mit der deutschen Arbeiterschaft zu tun haben. Es wurde der Beschluß gefaßt, auf ein viertel Jahr einen Extrabeitrag von 25 Pfennig zu erheben, um den Verband (sozialdemokratischen) zu stärken.

Es ist ja immer das alte Lied. Vor dem Kampfe gebarden sich diese Helden wie grimmige Löwen, um nach dem Kampfe ebenso jämmerlich als Kreuze zu kriechen, wie es in der vorigen Ausperrung bei der Sommerbewegung ebenfalls geschehen ist, wo man zuletzt statt Lohnverbesserung zu erreichen, schon damit sich zufrieden gab, daß keine Abzüge stattfinden sollten. Das ist der Gipfel sozialdemokratischer Bescheidenheit.

Fabrikversammlungen gelten nicht als öffentliche Versammlungen.

Am Freitag, den 15. Juni wurde am Amtsgericht Siegburg gegen unseren Kollegen J. J. Engels verhandelt. Derselbe stand unter Anklage eine öffentliche Versammlung einberufen und geleitet, ohne dieselbe der Polizei angemeldet zu haben. Er bestritt, daß die Versammlungen vom 2. und 6. April — es handelt sich um zwei — öffentlich waren, weil es sich dort nur um die Verhältnisse der Rattunfabrik Siegfeld gehandelt habe und den Nichtinteressenten der Zutritt verboten war, welches auch durch Zeugen bestätigt wurde. Der Gericht fällt folgendes Urteil:

Angeklagter ist freizusprechen, weil nicht erwiesen ist, daß von öffentlichen Angelegenheiten gesprochen worden ist. Denn wo nur Fabrikangelegenheiten besprochen werden, kann solche nicht als öffentlich angesehen werden. Es käme auch nicht auf die Anwesenheit fremder Personen an, sondern lediglich darauf, zu welchem Zweck die Versammlung einberufen sei. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. — Angeklagter hatte vom Bürgermeister von Menden ein Strafmandat von 15 Mark erhalten, wogegen er Einspruch erhob.

Der „Arbeiterminister“ John Burns.

England ist wohl das erste europäische Land in welchem ein Arbeiterführer Minister wurde. Aber auch er scheint es seinen Classengenossen nicht recht machen zu können, obwohl er zweifellos alles tut, was in seiner Kraft steht um dem Arbeiterstand zu dienen.

Trotzdem wird derselbe von den Radikalen des Verrats an der Volkssache bezichtigt, und Zusammenstöße im Parlament trafen wiederholt zu Tage. Der besonnenere Teil der Arbeiter wird sich wohl von den radikalen Phrasendreschern nicht beirren lassen. Theorie und Praxis sind eben zwei verschiedene Dinge. In der Idee läßt sich manches außerordentlich schön ausmalen, was vor der rauhen Wirklichkeit nicht stand hält.

Obiges Beispiel beweist, daß auch Arbeiter wenn sie zur Regierung gelangen, vielfach bei ihrer Classengenossen kein Verständnis finden und sogar des „Verrats“ bezichtigt werden. Auch hierin wird der Arbeiterstand noch vieles lernen müssen, wenn er als mitregierender Teil in Betracht kommen will.

Anträge zur Generalversammlung.

Ortsverwaltung Essen.

1. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß im kommenden Winter eine systematische Hausagitation in allen Ortsgruppen energisch eingeleitet und durchgeführt wird.

Begründung.

Bei der äußerst schwierigen Agitationsweise in unserem Gewerbe und den schönen Erfolgen die andere christliche Gewerkschaften mit der Hausagitation erzielt haben, ist es auch für unseren Verband unerlässlich, auf diese Art und Weise Aufklärung in die große Masse der indifferenten Metallarbeiter hineinzutragen und für eine Stärkung unseres Verbandes zu sorgen.

2. Dem Paragraph 6 des Statuts folgenden Passus hinzuzufügen:

„Invalide Mitglieder können sich den Weiterbezug des Verbandsorgans und das Anrecht auf das Sterbebeihilfe durch Zahlung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pfennig, wofür besondere Invalidenmarken zu Heben sind, aufrecht erhalten.

Begründung.

Bei dem bedeutend geringeren Einkommen, das die Kollegen nach Eintritt der Invalidität beziehen, ist es ihnen nicht mehr möglich, die wöchentlichen Verbandsbeiträge zu bezahlen, Andererseits würde aber ein Nichtbezahlen der Beiträge den Ausschluss aus dem Verband und damit den Verlust langjähriger, wohlverdienener Rechte im Gefolge haben. Um diese Ungerechtigkeit zu verhüten, ersuchen wir die Generalversammlung, dringend, dem obigen Antrag stattzugeben.

3. Beim Paragraph 24 Absatz 1 hinter den Worten: „bis die nötige Mitgliederzahl erreicht ist,“ folgenden Satz einzufügen: „Größere Ortsgruppen, auf deren Mitgliederzahl mehrere Delegierte entfallen, können die ihr zustehende Stimmenzahl durch eine geringere Anzahl von Delegierten vertreten lassen.“

Begründung.

Es ist unserer Ansicht nach unnötig, und auch zwecklos, wenn auf einen Ort, infolge der hohen Mitgliederzahl so und soviel Delegierte entfallen, nun für jede Stimme auch einen besonderen Delegierten zur Generalversammlung zu schicken. Der beabsichtigte Zweck, die zahlenmäßige Vertretung der Mitglieder kann ebenso gut erreicht werden, wenn einem oder einigen Delegierten die entsprechende Stimmenzahl übertragen wird. Hierdurch könnten bedeutende Kosten für die Verbandskasse gespart werden.

4. Die Gratulationsanzeigen nicht mehr im Verbandsorgan aufzunehmen, dagegen eine Sterbebeihilfe mit Angabe der Todesursache einzuführen.

Begründung.

Wenn allen Kollegen zu den verschiedensten Anlässen im Verbandsorgan gratuliert werden sollte, könnten wir bald dafür ein besonderes Organ herausgeben. Da dies also nicht möglich ist, beantragen wir, um nicht böses Blut durch eine unterschiedliche Behandlung der Kollegen hervorzurufen, alle Gratulationsanzeigen fallen zu lassen und dafür von Verbandswegen eine Sterbebeihilfe im Verbandsorgan einzuführen, worin alle Sterbefälle mit Angabe der Todesursache angegeben werden, da dies jedenfalls auch noch statistischen Wert hat.

5. Im Verband für die Quartalsabrechnung die Listenabrechnung abzuschaffen und dafür die Markenabrechnung einzuführen.

Begründung.

Durch das bisherige System der Abrechnungen hat sich besonders für die größeren Ortsgruppen die zu leistende mechanische Arbeit derartig lästig und drückend erwiesen, daß es am Besten wäre, das bisherige System abzuschaffen und dafür eine einfachere und leichtere Art der Abrechnung einzuführen, wobei unseres Erachtens der beabsichtigte Zweck ebenso gut erreicht werden könnte, wodurch aber eine ganze Reihe von Kräften, von unnötiger, mechanischer Arbeit frei würden und für andere Arbeiten herangezogen werden könnten.

Ortsgruppe Eppstein (Pfalz).

Den örtlichen Verwaltungsstellen verbleiben 20 Prozent der Wochenbeiträge, wovon 7 1/2 Prozent an den Bezirk abzuführen sind.

Begründung: Da die Ausgaben in der Agitation bei kleineren Ortsgruppen fast dieselben sind wie bei größeren, wird es ersteren nicht möglich sein, mit 7 1/2 Prozent auszukommen. Ferner ist es oft notwendig, Angriffe der Gegner durch Flugblätter zurückzuweisen, besonders wo keine geeignete Presse vorhanden ist.

Es sind drei feste Sätze im Wochenbeitrag einzuführen und zwar: 1) für gelernte Arbeiter 50 Pfennig pro Woche; 2) für ungelernete oder Hilfsarbeiter in der Metall- und chemischen Industrie 35 Pfennig; 3) für Arbeiter unter 21 Jahren 20 Pf. Die Gegenleistung des Verbandes ist entsprechend der Höhe des Beitrags. Arbeiter, deren Stundenverdienst über 40 Pf. beträgt, fallen unter Rubrik 1) mit 50 Pf. Wochenbeitrag.

Begründung: Der Ortsverein Eppstein erhebt mit diesen Staffelnbeiträgen, der Agitation nicht bloß in den Städten, sondern auch auf dem platten Lande ein dankbares Feld zu eröffnen.

Als Delegierte zur Generalversammlung wurden gewählt:

- Nielesfeld.** Wallbaum gewählt.
- Stuttgart.** Joseph Eljer gewählt.
- Kall.** Kollege Joseph Ritzersfeld gewählt.

Streiks und Lohnbewegungen.

B.-MADBACH. In der Papierfab. Firma Sanders sind Differenzen ausgebrochen. Geizer, Maschinenisten und Schlosser kommen in Betracht. Grund: Maßregelung.

BERGHEIM. Bei der Firma Gebr. Brüninghaus haben die Gabelarbeiter und Formier wegen Lohn Differenzen gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

DORMMUND. Zugang von Formern und Gießereiarbeitern fernhalten.

SIEGBURG. Bei der Firma Bolts Rattunfärberei sind Differenzen ausgebrochen. Reparaturhandwerker, Geizer und Maschinenisten kommen in Betracht.

DUISBURG. Fittingswerk G. u. b. H. Streit ausgebrochen.

BOCHUM. Westfäl. Stahlwerk für Formier gesperrt.

BOCHUM. Lohnbewegung der Klempner. Zugang ist fernzuhalten.

BREMEN. Klempnerstreik.

WORMS. Firma Stumpf Bauhilfserei. Zugang ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Juli der achtundzwanzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 8. Juli bis 15. Juli 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Röln-Humboldt-Kolonie. Am Samstag, den 16. dieses Monats hielt die hiesige Ortsgruppe eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab. Sekretär Schmitz referierte über die schweren Kämpfe im Metallgewerbe und die letzten Vorgänge bei der Firma Hagen. Nach längeren Ausführungen über den ersten Punkt, kam er besonders auf die Formierbewegung zu sprechen. Selbige sei seitens des freien Verbandes schon ein halb Jahr vorher mit großen Phrasen eingeleitet worden, dadurch habe man die Metallgewaltigen frühzeitig mobil gemacht. Dieser Fehler habe aber dem Urheber und Leiter der Bewegung des freien sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht genügt, er habe noch weitere gemacht, indem er trotz schlechter Kassenverhältnisse die anderen Verbände von der Mitarbeit ausschloß, und so eine günstige Beendigung der Bewegung von vornherein unmöglich machte. Die mit großem Lantam begonnene Bewegung habe denn auch mit noch größerem Fiasko geendigt. Als Beweis führte er die eingegangenen Bedingungen an. Dann kam Redner auf die Vorgänge welche sich anlässlich der Bewegung bei der Firma Hagen vor kaum 10 Tagen im selben Lokale ereignet hatten. Dort hatten die Arbeiter bis zuletzt treu zusammengestanden. Genosse Barthels aber sei es gewesen, der in der Schlussversammlung den Fehdehandschuh unter sie geworfen. In fünfviertelstündigem Referate erging er sich lediglich in öden Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Christlichen. Zum Schluß betonte er prahlerisch, daß er gerne einmal die geistigen Waffen mit den Christlichen kreuze. Er, Sekretär Schmitz, habe darauf das Wort erbeten und man habe ihm auch gleiche Redezeit versprochen, jedoch nach kaum 8 Minuten habe das Geheul der „Genossen“ ein Weiterreden unmöglich gemacht und der Leiter der Versammlung, „Genosse“ Kleefisch, die Gelegenheit benutzt, die Versammlung zu schließen. Da sehe man wieder deutlich, wo die Arbeiterzerklüftung liegen und auch wie es mit den

geistigen Waffen der Genossen bestellt sei. Nach einer regen Diskussion welche dem Referate folgte, sprach Sekretär Schmitz das Schlusswort. Er betonte, daß die Noten keine Ursache hatten, sich aufs hohe Ross zu setzen und wies hin auf den Terrorismus, derselben in Kiel, Berlin und bei Mönchen, Mühlheim a. Rh., auf den Streikbruch im Vorwärts, in Solingen und das klägliche Verhalten der Noten bei dem großen Kampfe mit der Burbacher Hütte. Zum Schluß forderte er zu größerer Opferfreudigkeit auf und richtete einen warmen Appell an die Anwesenden, sich den christlichen Gewerkschaften, speziell dem christlich-sozialen Metallarbeiterverbande anzuschließen. Es wurden mehrere Aufnahmen gemacht und die schön verlaufene Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

Landau i. d. Pfalz. Nachdem vor kurzer Zeit auch in hiesiger Stadt der christliche soziale Metallarbeiterverband Fuß gefaßt und sich den Verhältnissen entsprechend gut entwickelt, glaubte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband (der da immer sagt, nur wo sie zuerst bestehen, würden die Christlichen dann auch kommen), es versuchen zu müssen, hier auf Mitgliederfang auszugehen. Zu diesem Zwecke wurden schon 14 Tage lang in der ganzen Umgegend hier Flugzettel verteilt und zu einer Versammlung auf den 27. Juni nach Landau eingeladen. Ein Herr Menge aus Kaiserslautern sollte hier die Arbeiter aufklären über das Thema: Der Riesenkampf in der Metallindustrie und die Niederlage der Unternehmer (Au, Au, wie becheiden), seine Ursachen und das Verhalten der Christlichen und S.-D. Organisation! Zur Unterstützung des Referenten war auch der Lokalbeamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Christian Schneider aus Mannheim erschienen, der in dem erst kürzlich beendeten Streik der Neckarauer Gummiabrik, der ja bekanntlich durch die kolossale Ebbe in der Kasse der freien Gewerkschaften eine große Niederlage für die Arbeiterschaft dorten gebracht hat, eine bedeutende Rolle spielte, indem er Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes der Direktion zu Reparaturarbeiten (des Streikarbeit) stellen wollte, was die Direktion aber ablehnte. Zur Versammlung waren aber nur, bereits in den hier bestehenden Verbänden organisierte Metallarbeiter erschienen und eine kleine Zahl sozialdemokratisch organisierter Arbeiter anderer Berufe. Der zufällig hier anwesende Bezirksleiter Scherer unseres Verbandes sowie ein Beamter des S.-D. Verbandes wählten ebenfalls der Versammlung bei und ist es jedenfalls diesem Umstande zuzuschreiben, daß das vielversprechende Thema des Referenten in einer Art zum Vortrag kam, daß wohl keiner der Anwesenden wußte, wo die Ursachen des Riesenkampfes zu suchen waren und wo die Unternehmer eine Niederlage erlitten. Ueber das Verhalten der christlichen Organisation wußte der Referent gar nichts zu erzählen und meinte nur ganz naiv, das wird ja in der Diskussion noch besprochen werden. In der Diskussion zeigte nun Kollege Scherer den Anwesenden, was die wahren Ursachen waren zur geplanten Riesenauflösung, und konnte auch an der Hand von Tatsachen feststellen, wer eine Niederlage erlitten, und wie gerade der sozialdemokratische Metallarbeiterverband es war, der Punkt für Punkt seiner aufgestellten Forderungen fallen ließ, und dadurch die Niederlage herbeiführte. Er zeigte den Anwesenden, wie auf jener Seite dem Arbeiter seine Interessen niemals gewahrt werden, weil in erster Linie Parteiinteressen ausschlaggebend seien. Auch ein anderer Diskussionsredner beleuchtete die „herrlichen Erfolge“ in diesem Riesenkampfe, die sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für seine Mitglieder errungen habe. Nun kam Genosse Schneider, wußte aber in seinen langen Ausführungen (bei denen er sich mit den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften beschäftigte) weiter nichts über das Verhalten der Christlichen bei der geplanten Auflösung zu erzählen, als daß er den Kölner Holzarbeiterstreik und eine Handlung der katholischen Fachabteilung in Schlesien um an die Hochschöbe hängen wollte. Als dann unser Kollege Scherer auf den Holzarbeiterstreik einging, entstand natürlich großer Tumult bei den Genossen, die die Wahrheit nicht hören können; er wurde mehrfach unterbrochen, was ja anheimelnd im Sinne der Versammlungsarrangente war, denn sie sahen doch ein, daß für sie in Landau keine Rosen zu pflücken waren. Diesen Umstand benutzte der Versammlungsleiter und schloß während den Ausführungen unseres Bezirksleiters die Versammlung. Damit wurde die Tapferkeit der Genossen in ein schändes Licht gestellt, aber sicher werden sie an diesem

Tage abgefahren sein mit dem Gedanken, daß Landau für sie verloren ist. Daß es so sein möge, werden unsere Kollegen von Landau die an diesem Tage neue Begeisterung für unsere Sache in sich aufgenommen, schon dafür sorgen.

Norheim. Am Sonntag, den 14. Juni fand hier im Lauerischen Saale eine von unserer Ortsgruppe einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Trommel aus Mannheim über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation referierte. Einige Norheimer „Note“ hatten noch vormittags den in Frankfurt seit 1. Juni als Geschäftsführer der dortigen Ortsgruppe des sozialdem. Metallarbeiterverbandes angestellten Herrn Siescher herbeigelobt. Dieser kam dann an mit einer großen Anzahl „Getreuen“, um, wie es schien, den „Christlichen“ seine Weisheit leuchten zu lassen, damit auch sie endlich „helle“ werden. Nachdem Trommel sein Referat beendet, meldete sich der Herr Siescher zur Diskussion. Er erkannte an, daß Trommel gut und richtig gesprochen, trotzdem bereue er aber nicht, wenn die „Christlichen“ von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt seien, warum sie dann diese „Sonderbündelei“ treiben. Seine weiteren Ausführungen bewegten sich dann um die Fragen: Was scheidet uns voneinander und warum sollten christl. Arbeiter nicht auch in den freien Gewerkschaften sein. Ferner suchte er dann von Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht der christl. Gewerkschaften zu fesseln, wobei er geradezu staunenerregende Proben seiner Unkenntnis an den Tag legte. So behauptete er, daß der Zentrumsabgeordnete Bötz im Streik auf der Burbacher Hütte hätte eingegriffen und fasselt weiter von der Ohnmacht der Christlichen. Auch hatte der Herr die Dreistigkeit, von christlichen Streikbrechern zu reden u. a. mehr.

Obwohl nun während der beleidigenden Ausführungen dieses Herrn leidliche Ruhe herrschte, entstand, als hierauf ein christlicher Redner, Langemann, sprach, ein Radau, der an Dresden erinnerte. Als hierauf einer unserer Kollegen sprechen wollte, rief ein freier Verbändler: „Freien raus!“ Merken diese Herren, daß Beweise verlangt wurden für ihre Behauptungen? Sie besannen sich aber und blieben, um, wenn auch unter großem Tumult ihre Geldentaten zu hören. Auch wurde ihnen in Erinnerung gerufen, wie Ohnmächtig der große Metallarbeiterverband sei, daß er dies auf verschiedene Stellen bewiesen habe. So in der Anilinfabrik Ludwigshafen, in Düsseldorf, wo man ihre Forderungen mit 20% Lohnabzug beantwortete. Ueberhaupt habe der Metallarbeiterverband bei der letzten Formerbewegung seine Ohnmacht in einer Weise bewiesen, wie es besser nicht geschehen konnte, daß er sogar auf das vornehmste Recht, die Anerkennung der Organisation verzichtete. Es wurde die Behauptung des S., daß ein Christlicher bei der Firma Bettinger und Halle Streikbrechen gemacht habe, als eine gemeine Lüge nachgewiesen. Auch wurde er aufgefordert, einen Fall anzuführen wo es geschehen sei, daß dort, wo die Sozialdemokraten Forderungen gestellt haben, die Christl. diese als zu hoch bezeichnet hatten. Anstatt nun aber Beweise zu bringen, ergriffen sie (die Noten) feige die Flucht und verließen den Saal mit dem Bewußtsein, ihren Zweck, etwas Radau gemacht, erreicht zu haben.

Unsere Kollegen mögen aber hieraus lernen, daß es endlich notwendig ist, uns immer enger zusammenzuschließen und für unsere Sache zu agitieren. Denn es ist zu bedauern, daß in einer solchen Versammlung, wo man im Voraus sieht, daß die Genossen Radau machen wollen, ganze Ortsgruppen nicht vertreten waren. Die Norheimer Kollegen waren auf sich selbst angewiesen. Es waren vielleicht 8 unserer Kollegen aus anderen Ortsgruppen anwesend, während die Genossen in Scharen herbeieilten um die Versammlung zu stören. Also Kollegen, in Zukunft etwas mehr Körpergeist, dann wird es auch hier bald möglich, den christl. Gewerkschaften mehr Geltung zu verschaffen.

Geldeingänge bei der Hauptkassa.

— Monat April. —

- Emmerich 33,80, Deuben 4. Quart. 62,31, Bruchhagen 4. Quart. 58,06, Commern 44,80, Neumarkt 50,65, Jngolstadt 74,48, Wischaffenburg 40,67, Hammerau 39,50, Döberg 554,53, Olpe 124,02, Nieder-Eslohn 110,15, Wülfungen 6,30, Dönnabrid 547,10, Schwabach 127,10, Siegen 24,17, Kolbermoor 11,90, Schweidnitz 3,10, Amern 380,73, Bamberg 84,67, Sürth 12,70, Dönnabrid 21,42, Wöhrenbach 235,98, Oberhausen (Wagn) 135,62, Käferthal 109,01, Horbach 149,95, Niederpleis 68,42, Hasp. 31,52, Albsting 62,07, Lohne 44,88, Lechhausen 60,35, Brand 126,30, Schramberg 518,00, Passau 34,42, Bonn 149,69, Bronnberg 51,45, Braubenz 79,57, Einsheim 45,73, Breslau 90,33, Gebweiler 28,20, Unter-Eschbach 5,95, Schuppenried 43,62, Immigrath 47,35, Eilenburg 25,70, Sürth 124,44, Hamburg 254,60, Gütenbach 106,45, Schwenningen 63,60, Müllburg 165,75, Siegburg 254,89, Mederich 110,46, Eilenberg 248,47, Weingarten 111,25, Cassel 58,37,

- Muggsburg 271,30, Dinklage 136,58, Wiesbaden 69,11, Braunschw. 44,97, Käferthal West 3,00, Heimer 64,83, Lauterbach 49,88, Ehrenfeld 492,97, Bocholt 227,37, Markt-Mabwig 24,50, Ravensburg 93,45, Linden bei Hannover 457,67, Hensburg 645,30, Regensburg 97,55, Duisburg I und II 3911,96, Straubing 37,80, Aforheim 241,41, Ogersheim 197,25, Freising 169,90, Dinaelstadt 171,21, Mühlhausen i. Th. 69,51, Neuland bei Meise 19,62, Fimentrop 87,89, Weissen 40,85, Schweinfurt 85,27, Berlin 1179,68, Thale 324,64, Bruchal 5,97, Verlaunshöhe 296,85, Wangen 3,00, Rath 205,19, Paderborn 35,86, Eupen 256,67, Höchst 44,92, Gevelsberg 19,89, Lübenheidt 33,33, Willingen 540,41, Richterich 192,89, Sülz 62,18, Reuland 63,75, Berg-Elbadach 27,70, Obrißheim 38,98, Raff (West) 441,35, Papenburg 570,51, Mainz 159,99, Meßheim 291,76, Münster 125,16, Dreinig 149,74, Erene 11,06, Eppstein 50,65, Neuh 76,53, Rösbeck 21,70, Leichlingen 136,13, Mühlheim am Rhein 629,59, Puffem 52,60, Kaitowit 60,20, Teuben 94,50, Konstanz 140,10, Wülst 97,45, Sommer Bach 144,98, Seggen 244,28, Furtwangen 215,44, Neul 46,95, Verholt 144,22, Grafenstaden 83,38, Konstanz 90,00, Hülburg 613,95, Riel 108,70, Högheim 99,03, Ohlig 90,08, Schwelm 116,48, Weyenthal 71,20, Sürth 188,52, Förde 209,00, Wülst 124,32, Biene 49,11, Triberg 611,30, Magdeburg-Alst 3,33, Weiden 34,85, Berlin-Obereschneide 410,00, Großenbaum 233,78, Lahr in Baden 24,50, Cornelmünster 77,42, Haan 70,78, Hamburg II 144,45, Neulandhauen 114,15, Wannen 467,48, Hildesheim 497,88, Binsig 168,10, Peine 121,27, Hannover 127,55, Neuland West 1,20 Mt.

— Monat Mai. —

- Nürnberg 1803,77, Deutz 113,18, Wehringhausen 151,75, Mühlhausen i. E. 259,02, Ulm 94,30, Rehrath 40,37, Esslingen 88,85, Bremen 266,19, Sichtigau 177,36, Mendenburg 36,40, Straßburg 14,00, Köln 639,80, Kaiserlautern 513,53, Pöhl 75,77, Rühl 115,80, Heilbronn 64,45, Wombach 106,33, Waldshut 58,17, Ottersleben 245,25, Humboldt-Kolonie 311,00, Beverungen 48,03, Rabitz 36,30, Etanheim 42,50, Wieblingen 135,45, Gemünd-Eifel 91,23, Lippstadt 446,47, Neumünster 2,60, Budau 280,74, Rath-Heimar 91,04, Sörrach 23,15, Meise 38,30, Haenbach 24,15, Oberhausen Nhd. 1209,45, Lumberg 89,58, Frankenthal 163,35, Orenbach (Gezirt) 331,83, Baden-Baden 24,82, Magdeburg-Neuland 146,36, Dülmen 297,08, Neffrau 96,39, Lindenthal 79,31, Sudenburg 156,70, Düsseldorf 1921,15, München 1048,65, Burtcheid 471,35, Frankfurt a. M. 144,18, Göttingen 116,00, Bodenheim 149,90, Alagen 27,32, Alena 9,10, Landschüt 49,53, Höhe 93,50, Neutlingen 25,55, Müsbach 72,63, Radolze 68,43, Offenbach 881,10, Hagen 294,69, Karlsruhe 123,80, Eller 140,65, Freiburg 302,49, Neipht 275,91, Kulda 475,21, Danzig 179,95, Bieren 110,18, Brauwe 140,50, Würzburg 20,20, Worms 27,84, Werheim 61,43, Hannau 94,09, Nippes 28,90, Raff 2. Quart. 200, Solingen 240,70, Nachen II 900, Kofschid 431,80, Buchum 655,90, Durla 105,60, Salze 99,04, Nachen I 1902,45, Elberfeld 95,17, Santon 16,19, Dorinund 193,55, Schwab. Gmünd 1337,97, Neheim 18,90, Schnellweide 15,97, Submiaschalen 490,83, Nauen 176,73, Grüne 175,60, Essen-Ruhr 11708,45, Nuten 235,17, Neffrau West 1,35, Memichid 70,82, Oberriel 157,58, Ratingen 247,00, Merden 247,48, M.-Gladbach 1066,60, Saum 1393,53, Jünnersdorf 137, Bremerhafen 35,50, Gelsenkirchen 1124,31, Fierlohn 231,60, Beet 6,—, Hörtel 107,90, Alme 157,50, Dingelstadt 17,35, Förde 42,56, Haaren 208,45, Hüsten 46,09, Fröndenberg 37,42, Hilden 175,—, Hoven 201,43, Wachsen West 21,64, Gennepf 38,—, Nachen II West 47,90, Welfert 48,65, Görtlich 26,—, Sattlingen 85,58, Eichweiler 115,35, Enneft 187,36, Lübeck 234,66, Singen 259,33, Wredelar 202,80, Stollberg West 172,76, Markt-Neudwig 19,40, Kofshelm 11,31.

— Monat Juni. —

- Befede 34,81, Grevendroich 144,64, Hensburg 47,80, Bielefeld 1108,80, Revelaer 14,80, Warstein 87,17, Riel 13,—, Brühl 14,93, 50,—, Krefeld 156,82, Würzburg 14,93, Stuttgart 456,84, St. Louis 59,70, Südenscheid 19,12, Tutlinaen 15,95, Oberhausen, S. Muggsburg 56,70, Epeger 46,42, Schnellweide West 14,21, Raff 2. Quart. 350,—, Mendenburg 12,60, Coblenz 58,9, Darmstadt 25,77, Mannheim 300,—, Frintrop 15,30, Bamberg 13,30, Lübeck 16,05, Hamburg 67,35, Nüreges 118,10, Baden-Baden 26,60, Offenbach 26,50, Bezirk Offenbach 700,—, Bezirk Schramberg 316,—, Thale 19,70, Rempten 6,—, Saanenbach 11,20, Mühlhausen 5,80, Hensburg 15,40, Bezirk Düsseldorf 528,92, Hildesheim 27,05, Deuben 3,70, Beverungen 3,50, Schwabach 5,—, Alme —,35. Gelder ohne Abrechnung haben eingekandt: Baffau, Hemer, Görtlich, Grevendroich, Kofshid.

Die Vorstände der Ortsgruppen werden nochmals ersucht, die Abrechnung vom 2. Quartal sofort in Angriff zu nehmen, daß dieselbe spätestens am 1. August sämtlich an die Zentrale gelangt werden können. Die saumseligen Ortsgruppen mögen sich diejenigen als Muster nehmen, die stets pünktlich abrechnen. Was dort möglich ist, muß überall möglich sein.

Bekanntmachung.

Der Ortsgruppe Gelsenkirchen wird die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. der Ortsgruppe Höchst von 5 Pfg. und der Verwaltungsstelle Hamburg von 5 Pfg. pro Woche hiermit erteilt. Die Verbandsleitung.

Versammlungs-Kalender.

- Bonn. Samstag, den 14. Juli, abends 9 Uhr im Verbandslokale Wilhelmstraße. Duisburg. Sonntag, den 8. Juli, morgens 11 Uhr, im Arbeiter- und Gewerkschaftshaus, Seitenstraße 19, Versammlung. Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr bei Vogel (Frohnhauserstraße) Vortrag. Essen-Nellingshausen. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr bei Köhne Vortrag. Essen-Suttrop. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr bei Suttrop Vortrag. Essen-Werden. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr bei Kimmenskamp Vortrag. Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr bei Wälme Vortrag.

- Essen-Stadt. Sonntag, den 8. Juli morgens 11 Uhr im Alfredshaus Vortrag des Kollegen Klaffenbeul „Der Charakter der Großindustrie“. Essen-Kupferdreh. Sonntag, den 8. Juli nachmittags 5 Uhr bei Kelterhoff. Erlangen. Sonntag, den 8. Juli, morgens 11 Uhr im Kolping. Versammlung mit Vortrag des Kollegen Flaum. Mitglieds-Bücher sind mitzubringen. Frankfurt. Donnerstag, den 12. Juli Cobene Rame Fahr asse 52 abends 9 Uhr Anträge zur Generalversammlung. Alle müssen erscheinen. Gelsenkirchen-Vulme. Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung bei Welsche Hohenzollernstraße. Mainz. Samstag, den 7. Juli, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Referent Scherer-Offenbach. Tagerheim. Samstag, den 7. Juli abends 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung, Referent Gewerkschaftssekretär Essing-Kaiserlautern. Dönnabrid. Jeden 2. und letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr bei Eiter Johannisstraße 86. Am Sonntag den 8. Juli nachmittags 4 Uhr bei Hoffmeier in Pafte öffentliche Versammlung. Referent Kollege Dönnabridmann. Rheine. Samstag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr. Referent Hölle-Münster. Alle müssen erscheinen. Siegburg. Samstag, den 7. Juli abends 9 Uhr bei W. Bloch. Stuttgart. Jeden ersten Samstag im Monat Versammlung bei Schurr zur Sieges alle (Wilhelmstraße) Reihenunterstützung zahlst S. Eller Kolbstraße 81. Willingen. Samstag, den 14. Juli außerordentliche Mitgliederversammlung abends 8 Uhr im Löwen. 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Delegiertenwahl zur Generalversammlung, Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Im Anbete des Aufenthaltsortes und der Adresse des Schloßers Martin Mangens wird ersucht von Ernst Röbler, Maurer, Dinklar bei Hildesheim.

Lüdtige Spengler, Metalldrücker und Schleifer auf Tafelgeräte gesucht Süddeutsche Metallwarenfabrik M u h b a ch.

Unsern werten Kollegen nebst Johanna Jansen zu ihrer Vermählung die herzlichen Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen der Zählstelle Cassel.

Unsern treuen Kollegen Erich vom Braunde nebst Braut zur Vermählung die herzlichen Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen der Ortsgruppe Hemer.

Unsern treuen Kollegen und Schriftführer Johann Adam Fieber nebst Braut Elisabetha Wilhelm zur Vermählung die besten Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen der Ortsgruppe Worms.

Unsern Kollegen Wilhelm Jürgen nebst Braut Johanne Walleid zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Ortsgruppe Brauweide.

Unserem Kollegen Joh. Schmolders nebst Braut Anna Höller zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Schmirgelwerkstatt der Firma Krupp Ortsverwaltung Essen.

Restaurations zur Post Vingst bei Cöln. Vereinslokal der christl. Gewerkschaft hält sich bei Ausflügen den Kollegen bestens empfohlen. Saltestelle der Kleinbahn Cöln-Königsforst. Hochachtungsvoll Jakob Flohe.

„Das Reich“. Unabhängige, evangelische, nationale Berliner Tageszeitung für entschiedene Sozialreform. Erscheint als Nachausgabe und wird mit den Abendblätterungen verandt. Enthält die Parlamentsberichte desselben Tages und alle Abends vorliegenden neuesten Nachrichten. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 Mt., monatlich 75 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg. mehr. Probenummern werden un berechnet die Geschäftsstelle Berlin SW 61, Johanniterstraße 6. Berichtet schu ll und genau über alle Vorgänge in der christl. nat. Arbeiterbewegung.